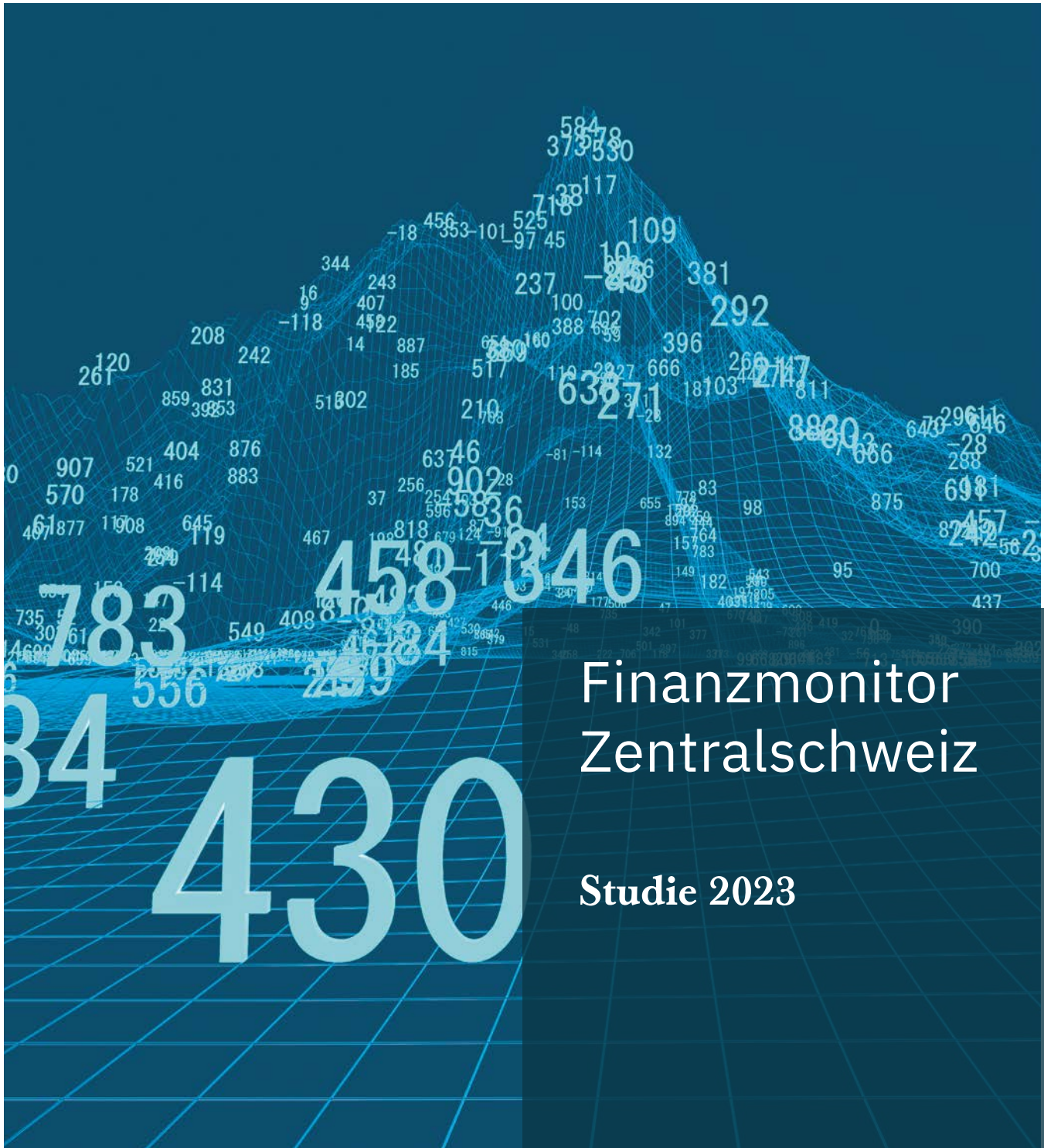




Finanzmonitor

ZENTRALSCHWEIZ



Finanzmonitor Zentralschweiz

Studie 2023

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	4
Abkürzungsverzeichnis	4
Die unternehmerische Antwort	5
Executive Summary	6
1 Zielsetzung, Design und Methodik der Umfrage	7
1.1 Zielsetzung der Umfrage	7
1.2 Durchführung der Umfrage	8
1.3 Auswertung	9
2 Demographische Fragen	10
2.1 Branche	10
2.2 Unternehmensgrösse	11
2.3 Unternehmensalter	12
2.4 Sitzkanton	12
3 Einschätzung der wirtschaftlichen Lage	14
4 Chancen und Risiken der Zentralschweizer Wirtschaft	21
5 Wünsche an die Politik	22
6 Wechselkursentwicklung	24
7 Lieferkette und Inflation	27
8 Environment, Social und Governance (ESG)	30
9 OECD Mindestbesteuerung	32
Autoren	33
Die Partner des Finanzmonitors	34

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Branchenstruktur der teilnehmenden Unternehmen	10
Abbildung 2:	Beschäftigtenzahlen der teilnehmenden Unternehmen	11
Abbildung 3:	Teilnehmende Unternehmen nach Sitzkanton	13
Abbildung 4:	Einschätzung der wirtschaftlichen Lage 2023 und 2022	14
Abbildung 5:	Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nach Unternehmensgrösse	15
Abbildung 6:	Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nach Branche	16
Abbildung 7:	Geplante Investitionen der teilnehmenden Unternehmen	17
Abbildung 8:	Geplante Investitionen nach Standort	17
Abbildung 9:	Geplante Investitionen nach Art	18
Abbildung 10:	Einschätzung des Finanzbedarfs in den kommenden drei Jahren	19
Abbildung 11:	Aussagen der teilnehmenden Unternehmen zur Inflation	20
Abbildung 12:	Wortwolke zu den grössten unternehmerischen Herausforderungen in den nächsten drei Jahren	21
Abbildung 13:	Nennungen bei den Wünschen an die Politik auf Bundesebene	22
Abbildung 14:	Wechselkursentwicklung des CHF zum Euro (in CHF)	24
Abbildung 15:	Erwartung der Änderung des Wechselkurses zwischen CHF und Euro	25
Abbildung 16:	Genannte kritische Wechselkurse zwischen CHF und Euro (in CHF)	26
Abbildung 17:	Aussagen zur Betroffenheit bei Preiserhöhungen auf Beschaffungsmärkten	27
Abbildung 18:	Überwälzung von gestiegenen Beschaffungskosten an Kunden	28
Abbildung 19:	Aussagen zur Beschaffungssituation von Unternehmen	29
Abbildung 20:	Betroffenheit von der ESG Reportingpflicht	31
Abbildung 21:	Relevanz von ESG-Themen für die Stakeholder	31

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
CFO	Chief Financial Officer
CHF	Schweizer Franken
CSRD	Corporate Sustainability Reporting Directive
ESG	Environment, Social, Governance
EZB	Europäische Zentralbank
IFZ	Institut für Finanzdienstleistungen Zug
IHZ	Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SNB	Schweizerische Nationalbank

Die unternehmerische Antwort



Liebe Leserin, lieber Leser

Am Kick-off für das Kalenderjahr 2023 diskutierten wir in meinem Führungskreis, wie die Unternehmerinnen und Unternehmer ihre wirtschaftlichen Aussichten beurteilen und was sie im laufenden Jahr bewegen wird.

Basierend auf den Berichten unserer Kundenberaterinnen und Kundenberater, gewonnen in zahlreichen Einzelgesprächen und Firmenbesuchen, kristallisierten sich eine Handvoll Thesen heraus. Die zweite, nun vorliegende Ausgabe des Finanzmonitor Zentralschweiz, gibt uns jetzt die Gewissheit, dass sich viele unserer Einschätzungen statistisch untermauern lassen.

So bestätigt der aktuelle Finanzmonitor die Annahme, dass die Mehrheit der Zentralschweizer Unternehmen ihre Lage positiv beurteilt; selbst die Verantwortlichen aus dem Tourismus und der Gastronomie schauen nach schwierigen Jahren wieder optimistischer in die Zukunft.

Weiter zeigt die Umfrage, dass die viel zitierte VUKA-Welt auch in der Zentralschweizer Wirtschaft von hoher Relevanz ist: Die Unternehmerinnen und Unternehmer sind tagtäglich mit Volatilität, Unsicherheit, Komplexität und Ambivalenz konfrontiert.

Die Krise in Osteuropa, um ein Beispiel zu nennen, beeinträchtigt eingespielte Zulieferketten. Steigende Einkaufspreise auf den Weltmärkten machen Effizienzsteigerungen nötig, der demographisch bedingte Fachkräftemangel fordert das Personalmarketing bringt aber auch die Frage nach vermehrtem Technologieeinsatz auf den Tisch, wie der technologische Wandel auch generell bewährte Geschäftsmodelle in Frage stellt.

Die vom Institut für Finanzdienstleistungen befragten CEO und CFO geben auf die genannten Herausforderungen die einzig richtige, weil unternehmerische Antwort: Sie investieren; im Inland, im Ausland und ausnahmslos alle in der Zentralschweiz. Laut Finanzmonitor 2023 rechnet rund die Hälfte der Unternehmen für das laufende Jahr, trotz des unsicheren Zinsumfelds, mit einem gegenüber dem Vorjahr steigenden Finanzierungsbedarf.

Für mich als Verantwortlicher für das Firmenkundengeschäft ist das eine gute Nachricht. Denn die LUKB ist bereit; mit all ihren Dienstleistungen und Kompetenzen, insbesondere im Bereich Finanzierung, Zinsrisiko- und Fremdwährungsmanagement.

Ich freue mich aber auch auf die nächsten Kundentermine vor Ort. Mit meiner Leidenschaft für das Firmenkundengeschäft geht mir das Herz auf, wenn ich draussen bei den Unternehmen bin und sehe, mit welchem Elan die unternehmerischen Herausforderungen angepackt werden.

Dank der Initiative der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz (IHZ) sowie der Hochschule Luzern haben wir nun einen Benchmark, mit dem wir unsere im direkten Kundengespräch gewonnen Erkenntnisse abgleichen, schärfen und wo nötig justieren können.

Beat Hodel

Mitglied der Geschäftsleitung
der Luzerner Kantonalbank

Executive Summary

Der Finanzmonitor Zentralschweiz zeigt zum zweiten Mal die Stimmungen und Ansichten der Zentralschweizer Unternehmen aus Sicht der Finanzverantwortlichen. Die Teilnehmenden der Umfrage stellen ein gutes Abbild der Zentralschweizer Wirtschaft dar.

Die teilnehmenden Unternehmen schauen optimistisch in die Zukunft. Mehr als zwei Drittel der Unternehmen bezeichnen ihre eigene wirtschaftliche Lage als «gut». Diese positive Stimmung zeigt sich auch in den Investitionsplänen. Alle antwortenden Unternehmen planen Erweiterungsinvestitionen, d.h. Investitionen, die auf eine Verbreiterung des eigenen Geschäfts abzielen. Ebenfalls alle antwortenden Unternehmen geben auch an, Investitionen am Standort Zentralschweiz zu planen. Zentrale Herausforderung bleibt – wie im Vorjahr auch – der Fachkräftemangel. Hier hat sich die Zahl der entsprechenden Nennungen gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich erhöht. Die Corona-Pandemie ist für die Unternehmen zu Ende. Sie wird praktisch nicht mehr als Herausforderung genannt.

Das ausserordentlich positive Bekenntnis zum Standort Zentralschweiz zeigt sich auch in den guten Noten für die Politik. An den Bund richtet sich insbesondere der Wunsch nach reduzierter Bürokratie. Dies ist auch der Wunsch an den Kanton Luzern. Vom Kanton Zug wünschen sich die Unternehmen insbesondere eine Fortsetzung der derzeitigen Politik und ihrer Umsetzung in der kantonalen Verwaltung.

Die befragten Unternehmen zeigen sich sehr resilient gegenüber den aktuellen wirtschaftlichen Risiken. Ihr Optimismus kommt unabhängig von Preissteigerungen zustande, denn davon sind über 80 % der Unternehmen betroffen. Vielfach können diese Preissteigerungen nicht an die Kunden weitergegeben werden. Allerdings sehen die Unternehmen die Inflation nur als vorübergehendes Phänomen an, das sich mittelfristig wieder erledigen wird. Daher werden nur wenige dauerhafte Gegenmassnahmen aufgrund der inflationären Situation eingeführt. Ähnlich gehen die Unternehmen mit den gestiegenen Zinsen um, die nur von einer Minderheit zum Anlass genommen werden, Investitionen zu verschieben. Auch der zeitweise sehr hohe Frankenkurs (gegenüber dem Euro) hat nur wenige Unternehmen zu Massnahmen veranlasst. Massive Beschaffungsprobleme haben aber immerhin ca. 9 % der antwortenden Unternehmen angegeben. Insgesamt zeigen sich aber die Zentralschweizer Unternehmen sehr resilient gegenüber den aktuellen wirtschaftlichen Problemlagen.

Von den neuen Pflichten zum Reporting in den Bereichen E (Environment), S (Social) und G (Governance) sind nur knapp ein Drittel der teilnehmenden Unternehmen betroffen. Jedoch sehen sich mehr als 69 % der befragten Unternehmen mit ESG-Einflüssen konfrontiert, und mehr als zwei Drittel beobachten, dass die ESG-Thematik für wichtige Stakeholdergruppen eine relevante Rolle spielt.

Von der OECD Mindestbesteuerung ist erwartungsgemäss nur ein kleiner Teil der Unternehmen, die an der Umfrage teilgenommen hat, direkt betroffen. Bei den meisten Unternehmen wird derzeit nur die Lage beobachtet, um bei finaler Verabschiedung in der Lage zu sein, sich schnell auf die Anforderungen einzulassen.

1. Zielsetzung, Design und Methodik der Umfrage

1.1 Zielsetzung der Umfrage

Der Finanzmonitor ist eine gemeinsame Initiative der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ und des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug IFZ an der Hochschule Luzern – Wirtschaft. Unterstützt wird die Initiative durch die Luzerner Kantonalbank und die Zuger Wirtschaftskammer.

Ziel der zum Jahreswechsel 2021/ 2022 erstmals durchgeführten wiederkehrenden Untersuchung ist es, ein Stimmungsbild der Unternehmen in den Zentralschweizer Kantonen (Luzern, Uri, Obwalden, Nidwalden, Zug und Schwyz) zu zeichnen. Ansprechpartner der Umfrage in den Unternehmen ist die/der Chief Financial Officer (CFO) bzw. Finanzverantwortliche. Damit soll die spezifische Sicht der Finanzverantwortlichen auf die Lage ihrer Unternehmen und auf aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen erfasst werden. Des Weiteren sollen Erkenntnisse über Fragestellungen gewonnen werden, die zum Zeitpunkt der Befragung die Finanzabteilungen in den Unternehmen besonders bewegen. Dabei soll der Wirtschaftsstruktur der Zentralschweiz Rechnung getragen, indem insbesondere auf die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fokussiert wird. Ausdrücklich nicht zur Zielgruppe gehören Mikrounternehmen mit weniger als 9 Mitarbeitenden.

In diesem Jahr 2023 werden die Daten für den Finanzmonitor Zentralschweiz somit zum zweiten Mal erhoben. Damit ergibt sich zum ersten Mal die Chance, Entwicklungen auch in zeitlicher Perspektive aufzuzeigen. Wie im Vorjahr beinhaltet die Befragung in einen jährlich wiederkehrenden Teil, der sich mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der befragten Unternehmen und den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in der Zentralschweiz befasst. Daneben werden jährlich wechselnde aktuelle Themen angesprochen. Dieses Jahr sind dies insbesondere Fragen zur Wechselkursentwicklung zwischen Schweizer Franken und Euro bzw. US-Dollar, Fragen zur OECD Mindestbesteuerung, zur Inflations- und Zinsentwicklung sowie zu neuen Anforderungen aus dem Bereich Umwelt, Soziales und Governance (ESG, Environment, Social und Governance), die insbesondere die Finanzverantwortlichen in den Unternehmen betreffen.

1.2 Durchführung der Umfrage

Die Umfrage wurde online über das Umfragetool «Unipark» der Hochschule Luzern – Wirtschaft durchgeführt. Die Umfrage und ihre Auswertung sind anonym vorgenommen worden.

Die Einladung zur Teilnahme an der Studie wurde an alle Mitgliedsunternehmen der IHZ und der Zuger Wirtschaftskammer Mitte Januar 2023 versendet. Drei Wochen später ist eine Erinnerung an alle Empfänger der Einladungsmail verschickt worden. Des Weiteren wurde die Umfrage über das soziale Netzwerk LinkedIn und über die Luzerner Kantonalbank beworben. Da der Sitzkanton der teilnehmenden Unternehmen abgefragt wurde, konnten Unternehmen ausserhalb der Zentralschweiz von der Auswertung ausgeschlossen werden.

Aufgrund der Bekanntheit der Absender IHZ und Zuger Wirtschaftskammer gab es eine sehr gute Antwortquote. Zudem war bei diesen Einladungen eine zielgenaue Aussendung an Führungskräfte aus dem Finanzbereich der Mitgliedsunternehmen möglich. Dies war bei den anderen Einladungen zur Umfrage nicht der Fall (insbesondere über LinkedIn). Hier ergaben sich entsprechend sehr hohe Streuverluste. Die Zielgenauigkeit der Einladungen durch IHZ und Zuger Wirtschaftskammer sichern eine hohe Qualität der Antworten.

Eingegangen sind insgesamt 250 auswertbare und bis zum Ende ausgefüllte Fragebögen. Aufgrund des angegebenen Sitzkantons wurden 2 Antworten aussortiert, so dass 248 ausgefüllte Fragebögen in die Auswertung eingegangen sind. Der Fragebogen verfügte über Filterfragen, so dass nicht alle Fragen von allen Teilnehmenden beantwortet werden konnten. Ausserdem bestand die Möglichkeit, einzelne Fragen zu überspringen. Des Weiteren gab es bei mehreren Fragen die Möglichkeit zur Mehrfachauswahl. Aus diesem Grund wird in der Auswertung jeweils die Anzahl der tatsächlichen Antworten pro Frage angegeben.

Insgesamt haben 634 Teilnehmende auf die Umfrage zugegriffen. 328 haben teilgenommen, d.h. sie haben die eigentliche Umfrage nach der Startseite mit allgemeinen Hinweisen zur Umfrage geöffnet. 78 Teilnehmende haben die Umfrage nach der Startseite oder vor der letzten Seite abgebrochen.

Der Finanzmonitor beansprucht keine Repräsentativität für alle Zentralschweizer Unternehmen. Zur Erreichung eines repräsentativen Ergebnisses wäre ein anderes Vorgehen erforderlich gewesen, das die Grundsätze der Stichprobenbildung berücksichtigt. Dies ist in der vorliegenden Studie bewusst nicht geschehen. Aufgrund der Zielgenauigkeit der Ansprache der Teilnehmenden kann jedoch trotzdem eine sehr hohe Aussagekraft der Antworten angenommen werden.

Der Fragebogen wurde vom IFZ in Absprache mit den anderen Partnern des Finanzmonitors Zentralschweiz entwickelt. Er besteht aus drei Teilen:

- **Einem demographischen Teil (Frage 1 – 5):**

In diesem Teil werden Informationen zu Grösse, Alter und Sitz des Unternehmens abgefragt.

- **Einem jährlich wiederkehrenden Teil (Frage 6 – 16):**

Hier werden Fragen zur wirtschaftlichen Lage, Zukunftsaussichten des Unternehmens sowie den wirtschaftlichen, politischen und administrativen Rahmenbedingungen behandelt. Die Fragen sind eng an die im vergangenen Jahr gestellten Fragen angelehnt. Teilweise wurden Fragen gelöscht, da die Antworten aus dem Jahr 2022 Redundanzen zeigten. Dafür wurden neue Fragen zum Finanzbedarf und zur Wahrnehmung der Bürokratie in den Administrationen der Region ergänzt. In den kommenden Jahren sollen längerfristige Zeitreihen aufgebaut werden, um die zeitliche Entwicklung der Wahrnehmung dieser Bereiche durch die Unternehmen aufzeichnen zu können.

- **Einem jährlich veränderbaren Teil (Frage 17 – 32):**

In diesem Teil werden aktuelle Themen angesprochen. In diesem Jahr sind dies Lieferketten, Inflation, Wechselkurs- und Zinsentwicklung. Ausserdem werden Fragen über die Themen OECD Mindestbesteuerung und ESG gestellt.

Im Fragebogen gab es sowohl standardisierte Fragen, die durch Auswahl vorgegebener Antworten beantwortet werden konnten, als auch freie Felder, in denen Texte ohne Vorgaben eingegeben werden konnten.

1.3 Auswertung

Die Umfrage war für alle potenziellen Teilnehmenden vom 6. bis zum 31. Januar 2023 erreichbar. Am 31. Januar wurde die Umfrage geschlossen und die Ergebnisse gesichert. In die Auswertung sind alle Antworten, die eingegeben und freigegeben worden sind, eingeflossen.

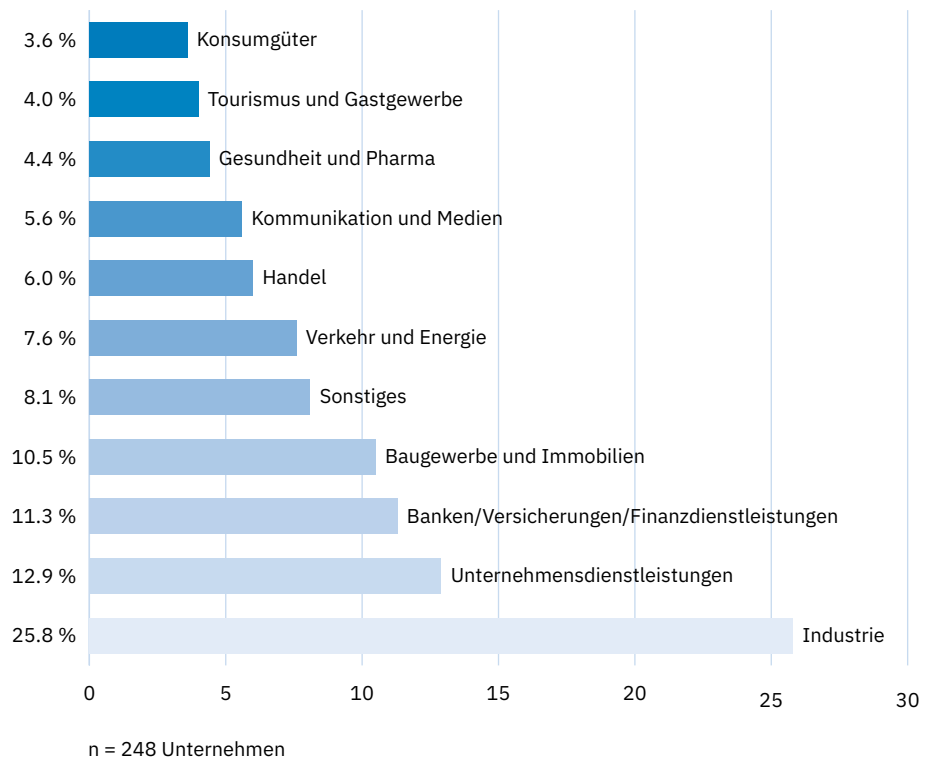
Die Auswertung der Umfrage fand im Februar 2023 an der Hochschule Luzern – Wirtschaft durch die Autoren dieser Studie statt.

2 Demographische Fragen

2.1 Branche

Die Branchenstruktur der Zentralschweiz ist von verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungen geprägt.¹ Die antwortenden Unternehmen repräsentieren den Branchenmix der Zentralschweizer Kantone grundsätzlich sehr gut. Handel und Dienstleistungen, sowie das Gastgewerbe sind allerdings unterrepräsentiert. Dies liegt daran, dass diese Branchen stark durch Kleinstunternehmen geprägt sind, die nicht Zielgruppe des Finanzmonitors sind. Vor diesem Hintergrund stellen die antwortenden Unternehmen eine durchaus passende Abbildung der Zentralschweizer Wirtschaft dar.

Abb. 1: Unternehmen nach Branchen
Branchenstruktur der teilnehmenden Unternehmen



Die Branchenstruktur entspricht im Wesentlichen der Struktur der Befragung aus dem Vorjahr. Insofern werden zeitliche Vergleiche nicht durch Veränderungen des Branchenmix beeinflusst.

¹ Vgl. <https://www.lustat.ch/monitoring/wirtschaftskennzahlen/unternehmensstruktur-und-demografie/branchenstruktur> (abgerufen am 6. Februar 2023).

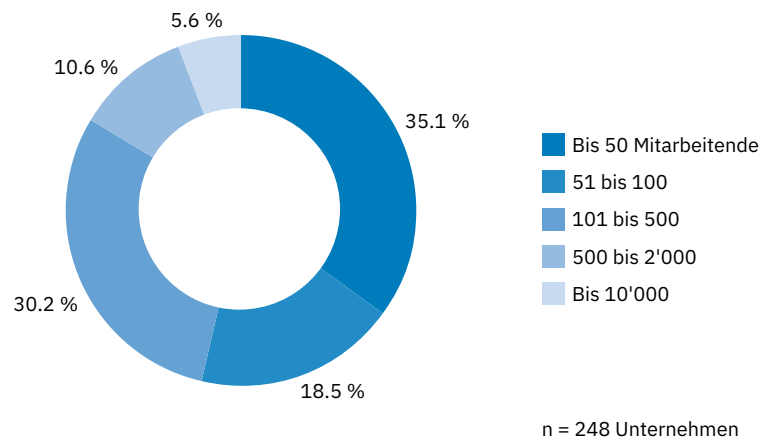
2.2 Unternehmensgrösse

Die Unternehmen, die an der Umfrage teilgenommen haben, sind im Wesentlichen kleine und mittlere Unternehmen (KMU). 35.1 % haben bis 50 Beschäftigte, 18.5 % von 51 bis 100 Beschäftigte und 30.2 % von 101 bis 500 Arbeitnehmende. Über 500 Arbeitnehmende beschäftigen demnach lediglich 16.2 % der teilnehmenden Unternehmen. Keines der antwortenden Unternehmen beschäftigt mehr als 10'000 Arbeitnehmende.

Die Beschäftigtenzahl beinhaltet bei multinationalen Konzernen mit Sitz in der Zentralschweiz die weltweite Gesamtzahl aller Arbeitnehmenden; bei Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne wird auf die Beschäftigtenzahl in der Schweiz abgestellt. Dies kann dazu führen, dass die Zahl der konzernangehörigen Unternehmen durch die Angabe der Beschäftigtenzahl unterschätzt wird, da nur die Schweizer Beschäftigten in unsere Umfrage eingeflossen sind.

Grössere Unternehmen sind in der Umfrage überrepräsentiert. Schweizweit machen KMU 99.7 % aller Unternehmen aus. Davon entfallen 89.8 % auf Mikrounternehmen, die weniger als 9 Beschäftigte haben.² Diese sind jedoch nicht Zielgruppe des Finanzmonitors. Die avisierte Gröszenstruktur (Zentralschweiz ohne Mikrounternehmen) ist damit durch die antwortenden Unternehmen gut abgebildet.

Abb. 2: Unternehmen nach Beschäftigten
Beschäftigtenzahlen der teilnehmenden Unternehmen



Neben der Beschäftigtenzahl ist auch der Umsatz ein Indikator für die Unternehmensgrösse. Hier zeigt sich ebenfalls, dass die avisierte Zielgruppe durch die Antwortenden gut repräsentiert wird. Knapp die Hälfte (48.6 %) der antwortenden Unternehmen lässt sich in die Gröszenklasse zwischen 10 und 200 Mio. CHF einordnen. 25.9 % haben zwischen 1 und 10 Mio. CHF Umsatz. 11.7 % geben Umsätze zwischen 200 Mio. und 1 Mrd. CHF an. Lediglich 19 Unternehmen (7.7 %) geben an, Umsätze unter 1 Mio. CHF zu haben. Sie gehören daher tendenziell zu den Mikrounternehmen. 6.1 % der Unternehmen (entsprechend 15 Antworten) melden mehr als 1 Mrd. CHF Umsatz und gehören damit zu den Grossunternehmen. Insgesamt zeigt sich also auch hier, dass die teilnehmenden Unternehmen die Zielgruppe gut repräsentieren.

² Statistik der Unternehmensstruktur STATENT, Stand der Daten: 25.08.2022. Vgl. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/industrie-dienstleistungen/unternehmen-beschaeftigte/wirtschaftsstruktur-unternehmen/kmu.html> (abgerufen am 6. Februar 2023).

2.3 Unternehmensalter

Die Probleme von Unternehmen können sich deutlich unterscheiden, je nachdem, in welcher Phase des Lebenszyklus sich ein Unternehmen befindet: Start-ups haben andere Herausforderungen zu bewältigen als etablierte Unternehmen. Diese unterschiedlichen Ansprüche sind in der Befragung differenziert zu berücksichtigen.

Nur zwei Unternehmen, die an der Umfrage teilgenommen haben, sind klassische Start-ups mit einem Alter von bis zu 1 Jahr. Weitere zwei Unternehmen können als jung gelten (bis zu 3 Jahre alt). 19 Unternehmen sind im Alter zwischen 3 und 10 Jahren. 90.7% der antwortenden Unternehmen haben ein Alter von mehr als zehn Jahren. Damit ist die Umfrage nicht repräsentativ für die Demographie der Schweizer Unternehmen. Allerdings ist dies aufgrund der spezifischen Zielgruppe der Befragung trotzdem passend. Dies liegt daran, dass typischerweise Start-ups als Mikrounternehmen beginnen. Bei Erfolg werden sie grösser und wachsen in die Kategorie der KMU hinein, die Gegenstand dieser Umfrage ist. Allerdings gelingt es mit der geringen Zahl der teilnehmenden Start-ups und jungen Unternehmen nicht, bei der weiteren Auswertung spezifische Probleme dieser Unternehmensgruppen zu destillieren. Daher sind Auswertungen in diesem Bereich nicht vorgenommen worden.

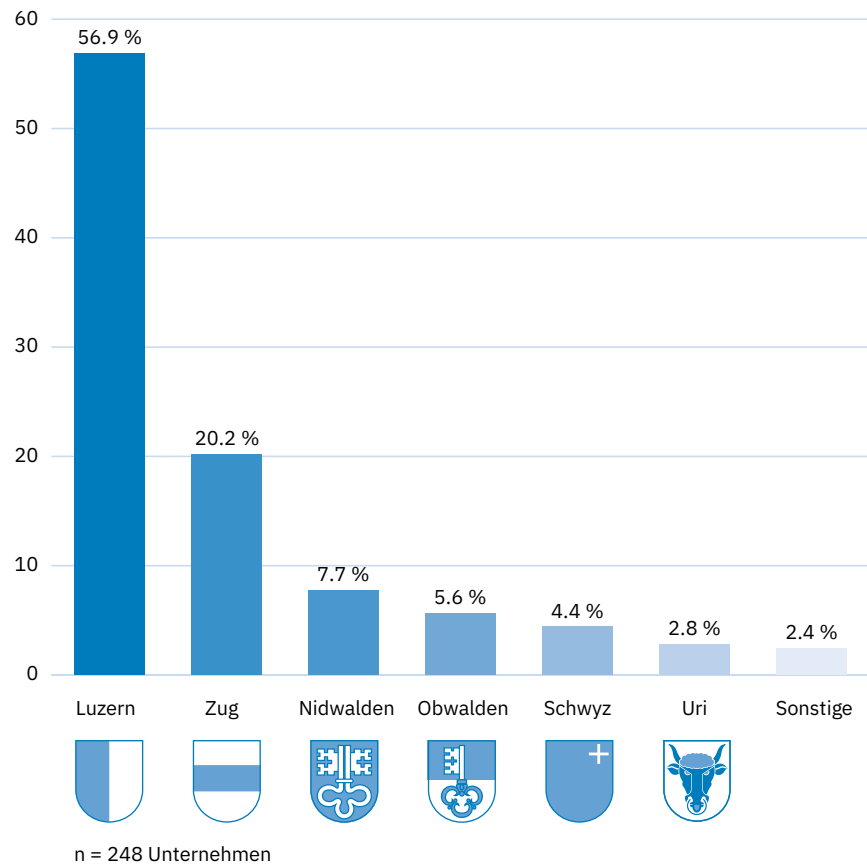
2.4 Sitzkanton

Ziel der Umfrage «Finanzmonitor Zentralschweiz» ist ein Bild über die Situation bei Zentralschweizer Unternehmen zu erhalten. Gegenstand der Befragung sind somit Unternehmen aus den Kantonen der Zentralschweiz (Luzern, Zug, Nidwalden, Obwalden, Schwyz und Uri). Damit wird das Gebiet der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ (alle genannten Kantone ohne den Kanton Zug) abgedeckt. Der Kanton Zug wird durch die Einbindung der Zuger Wirtschaftskammer in die Befragung berücksichtigt. Durch die direkte Einladung der Unternehmen durch die beiden Partner der Umfrage konnten Streuverluste weitgehend ausgeschlossen werden.

Grösster Kanton der Region Zentralschweiz ist Luzern. Dieser ist auch mit 56.9% der befragten Unternehmen am stärksten in der Umfrage vertreten. Dies entspricht ungefähr auch dem Anteil der Luzerner Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der Zentralschweiz. Aufgrund seiner besonderen Wirtschaftsstärke ist der Kanton Zug für die Wirtschaftskraft wichtiger als sein Anteil an der Gesamtbevölkerung der Region. 20.2% der teilnehmenden Unternehmen kommen aus diesem Kanton. Dies ist eine deutliche Veränderung zum Vorjahr, in dem der Kanton Zug noch unterrepräsentiert war. Durch die Partnerschaft mit der Zuger Wirtschaftskammer konnten die Unternehmen aus Zug besser an der Umfrage beteiligt werden. Die kleineren Kantone sind jeweils ungefähr entsprechend ihres Gewichts an der Zentralschweizer Bevölkerung in der Umfrage repräsentiert.

6 Unternehmen (entsprechend 2.4% der ausgewerteten Unternehmen) gaben einen ausserhalb der Zentralschweiz gelegenen Kanton als Sitz an und bemerkten zusätzlich, über eine Geschäftstätigkeit in der Zentralschweiz zu verfügen. Diese wurden in der Auswertung belassen und werden in der Kategorie «Sonstige» gezeigt. Unternehmen, die einen anderen Sitzkanton angegeben hatten, wurden aus der Auswertung herausgenommen. Dies betraf lediglich zwei Antworten.

Abb. 3: Sitzkantone der Unternehmen
Teilnehmende Unternehmen nach Sitzkanton



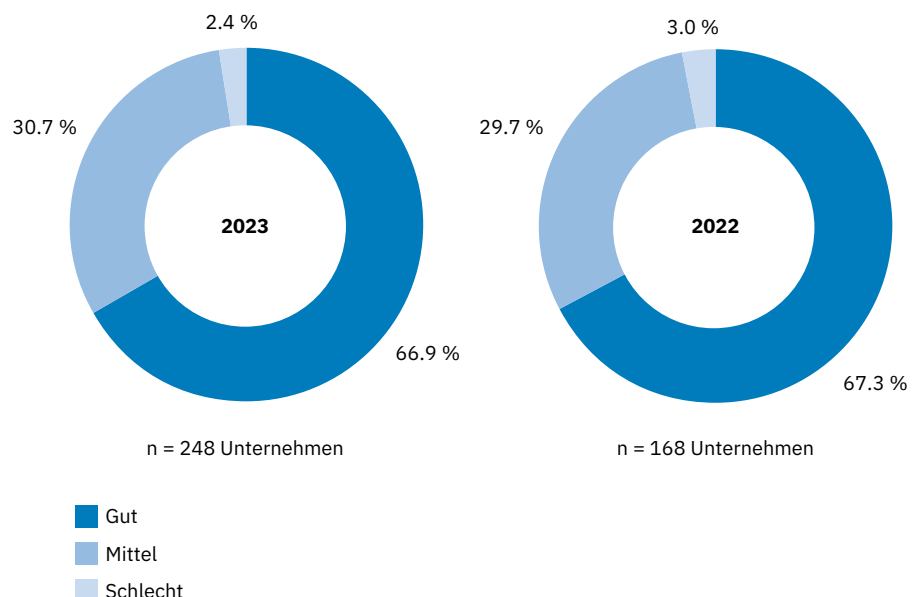
Insgesamt kann damit durch den Finanzmonitor ein gutes Bild über alle Zentralschweizer Kantone gezeigt werden. Die Auswertung fokussiert auf die beiden grösseren Kantone Luzern und Zug, da die Teilnehmendenzahlen aus den kleineren Kantonen zu gering sind, um signifikante Aussagen zu erhalten.

3 Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Das Jahr 2022 war durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geprägt. Dies hatte auch direkte Folgen für die Unternehmen der Zentralschweiz. Insbesondere verteuerte sich die Energie; Befürchtungen einer Energiemangellage standen im Raum. Zudem gab es immer noch Einschränkungen durch die Corona Pandemie, insbesondere in China. All das hatte Auswirkungen auf die Lieferketten. Dies hat zu einer stärkeren Inflation beigetragen, die durch Zinserhöhungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und der anderen Zentralbanken aufgefangen werden soll. Diese Rahmenbedingungen führen dazu, dass die Expertengruppe Konjunkturprognosen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) eine Eintrübung der Konjunktur erwartet. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Schweiz soll demnach nur um 1.0% wachsen.³ Als Grund für die Eintrübung wird insbesondere die Energiekrise benannt. Deren Auswirkungen waren zwar im Winter 2022/2023 weniger drastisch als befürchtet; ob dies auch für den kommenden Winter so bleiben wird, ist aktuell nicht absehbar.⁴

Vor dem Hintergrund dieser Prognosen und der besonderen Umweltbedingungen zum Zeitpunkt der Umfrage ist das Ergebnis bei der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage erstaunlich positiv. 66.9% der Unternehmen beurteilen ihre eigene wirtschaftliche Lage als «Gut». Weitere 30.7% empfinden ihre wirtschaftliche Lage als «Mittel». Lediglich 2.4% der befragten Unternehmen empfinden ihre wirtschaftliche Situation als «Schlecht». Insgesamt kann man die Stimmungslage der Zentralschweizer Wirtschaft also als «Gut» beurteilen – die Gesamtrendenz aller Antworten zeigt eindeutig eine positive Einschätzung. Dabei unterscheiden sich die Zahlen kaum vom Vorjahr. Die Vorjahresumfrage stand noch mehr unter dem Eindruck der Einschränkungen durch die Pandemie, während der Ukraine-Krieg und die daraus resultierenden Turbulenzen an den Energiemärkten noch nicht absehbar waren.

Abb. 4: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage
Einschätzung der wirtschaftlichen Lage 2023 und 2022

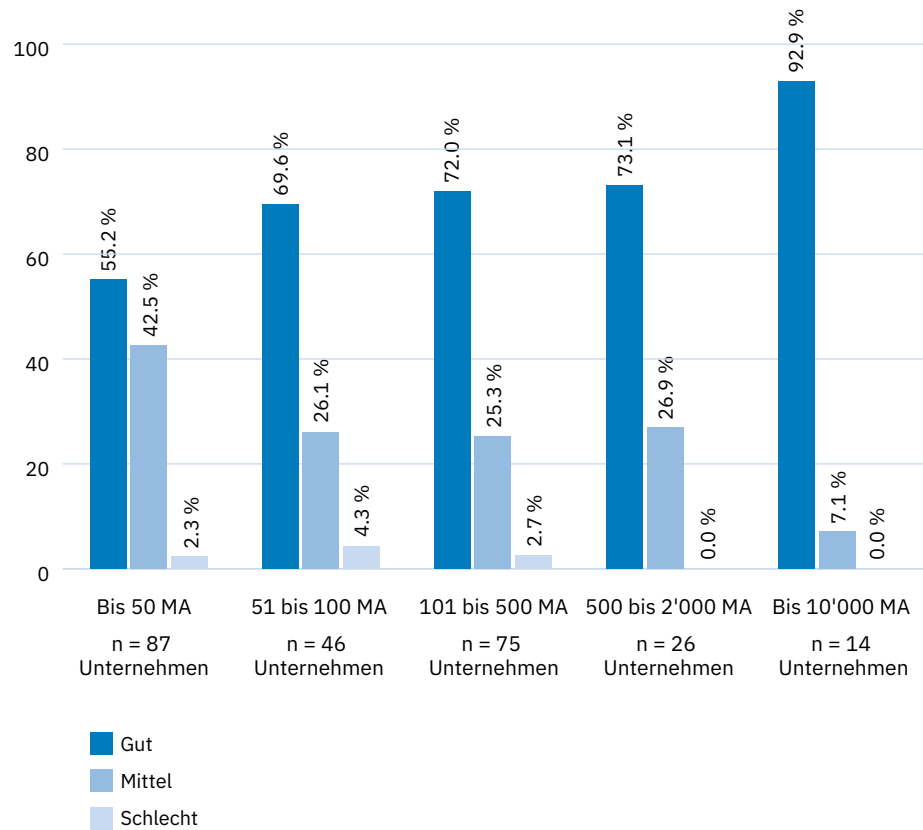


³ Vgl. [https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-92166.html#:~:text=Bern%2C%2013.12.2022%20%2D%20Die,\(Sportevent%2Dbereinigtes%20BIP\)](https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-92166.html#:~:text=Bern%2C%2013.12.2022%20%2D%20Die,(Sportevent%2Dbereinigtes%20BIP).). (abgerufen am 15.2.23).

⁴ So auch KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich: Energiekrise belastet die Schweizer Wirtschaft weiterhin, KOF Analysen, vol. 2022: no. 4, pp. 1-26, Zürich: KOF, ETH Zurich, 2022.

Differenziert man nach Kantonen, so präsentiert sich das Bild in Luzern etwas schlechter als in der gesamten Zentralschweiz. 63.8 % der Luzerner Unternehmen sehen ihre wirtschaftliche Lage als gut, 32.6 % mittel und 3.6 % schlecht. Zuger Unternehmen sehen hingegen ihre eigene Lage besser als der Zentralschweizer Durchschnitt: 66 % empfinden die Lage als gut, 34 % als mittel. Kein Zuger Unternehmen empfindet die Lage schlecht. Unternehmen aus Uri, Nidwalden und Schwyz sehen die Lage mit mehr als 80 % gut. Anders sieht es lediglich bei den teilnehmenden Unternehmen aus Obwalden aus, die nur zu 43 % ihre Lage als gut beurteilen, während 57 % ihre eigene wirtschaftliche Lage negativ sehen. Interessant ist, dass die eigene wirtschaftliche Lage von grösseren Unternehmen positiver eingeschätzt wird als von kleinen Unternehmen, wie aus Abbildung 5 ersichtlich ist.

Abb. 5: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage nach Unternehmensgrösse
 Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nach Unternehmensgrösse

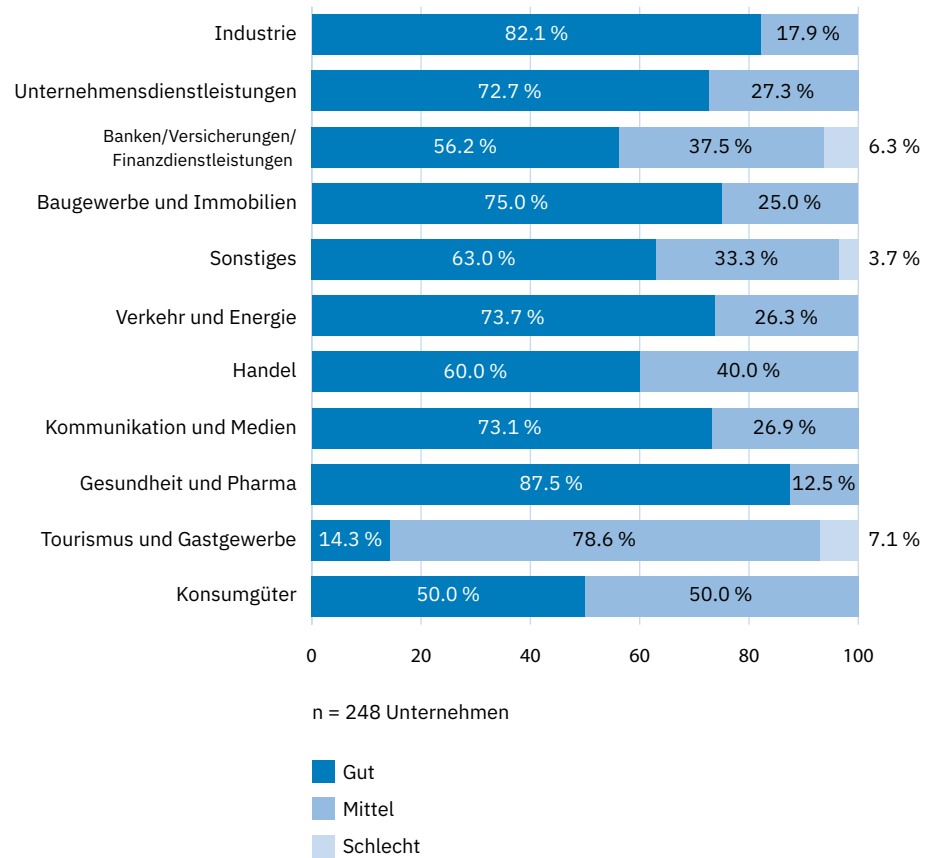


Eine signifikante Änderung zur vorherigen Finanzmonitor Umfrage ist, dass sich die Stimmung in der Branche «Tourismus und Gastronomie» erheblich aufgehellt hat. Vor einem Jahr schätzten 92 % der Unternehmen dieser Branche ihre Lage schlechter als vor Corona ein. In diesem Jahr wird die Lage nur noch von 7 % als schlecht und von 78 % als mittel eingeschätzt. Die Branche bleibt zwar Schlusslicht bei der Stimmung, da nur 15 % die Lage als gut einschätzen. Dies entspricht der tatsächlichen Entwicklung der Tourismus- und Gastronomiebranche im Jahr 2022, die von sehr niedrigem Niveau kommend einen starken Anstieg verzeichnete.⁵ Allerdings trüben sich die Aussichten aufgrund der steigenden Preise, insbesondere bei der Energie, wieder ein.

⁵ Vgl. KOF-Bericht zum 3. Quartal 2022, Gastrosuisse, <https://gastrosuisse.ch/assets/de/branchenwissen/zahlen-und-trends/konjunkturkof/KOF-Bericht-Q3-2022.pdf?hash=MTUtMDItMjMgMTE6MDRlTOYtQmVyaWNodCBRMjYyAyMDIyM-jAyMi0xMS0xNiAxNTowOA==> (abgerufen am 15.2.2023).

Abb. 6: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage nach Branche

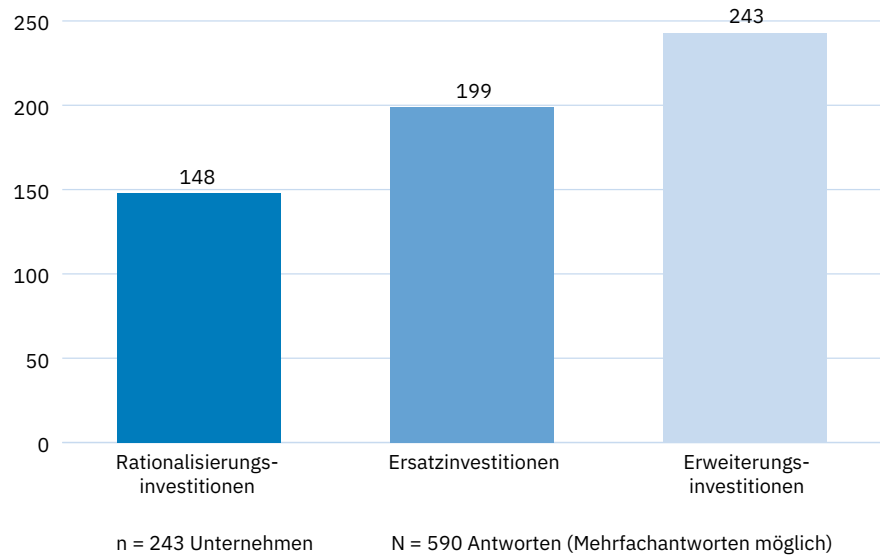
Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nach Branche



Die positive Entwicklung in der Zentralschweizer Wirtschaft sollte sich auch in einer erhöhten Investitionsneigung zeigen. Wir haben dazu nach der Art der geplanten Investition gefragt. Zur Auswahl standen Erweiterungsinvestitionen, Ersatzinvestitionen sowie Rationalisierungsinvestitionen. Erweiterungsinvestitionen stehen für die Ausweitung der Geschäftstätigkeit und somit für Wachstum. Ersatzinvestitionen tauschen bereits vorhandene Investitionsobjekte in direkter Weise aus. Bei Rationalisierungsinvestitionen steht der Aspekt der Kostensenkung durch erneuerte Anlagen im Mittelpunkt. Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen sorgen für einen Erhalt des bisherigen Standes des Unternehmens und zielen auf Effizienzgewinne.

Die Teilnehmenden der Umfrage konnten die Arten ihrer geplanten Investitionen in eine Reihenfolge bringen. Am meisten wurde die Erweiterungsinvestition mit rund 60% der Nennungen, gefolgt von der Ersatzinvestition (21%) und der Rationalisierungsinvestition (19%) genannt. Differenziert man die Antworten nach Branchen, so ergibt sich kaum ein Unterschied zwischen den verschiedenen Branchen. Das Bild zum Vorjahr hat sich verbessert. In der Umfrage 2021/2022 hatten noch Ersatzinvestitionen die Aussagen dominiert. Dies zeigt, dass die wirtschaftliche Dynamik in der Zentralschweiz zugenommen hat. Trotz der schwierigen globalen Situation blicken die Unternehmen positiv in die Zukunft und hoffen, dass sich Investitionen auch langfristig amortisieren. Insgesamt planen alle (243 von 243) antwortenden Unternehmen Erweiterungsinvestitionen. Dies ist ein sehr starkes Zeichen für eine expansive Wirtschaft und eine exzellente Lage bei den Unternehmen.

Abb. 7: Art der geplanten Investitionen (unabhängig vom Rang)
Geplante Investitionen der teilnehmenden Unternehmen



Die Investitionspläne der Zentralschweizer Unternehmen bedeuten nicht zwangsläufig, dass die Dynamik innerhalb der Region Zentralschweiz steigt. Ganz im Gegenteil, es könnten auch Verlagerungen aus der Region geplant sein, die zu einem Abflauen der Wirtschaftskraft in der Zentralschweiz führen könnten. Aus diesem Grund haben wir nach den Regionen gefragt, in denen die Investitionen geplant sind. Auch hier hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, die Regionen nach der Wichtigkeit des geplanten Investitionsstandortes zu ordnen. Gut die Hälfte der Unternehmen plant ihre Investitionen vorrangig in der Region Zentralschweiz. Damit zeigt sich die Stärkung der Region, die auch in der Attraktivität des Standortes begründet liegt. Dies manifestiert sich auch in den Aussagen zu den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den Zentralschweizer Kantonen (siehe unten). Knapp 30% der Unternehmen investieren vornehmlich in der übrigen Schweiz. Nur 20% der Unternehmen planen schwerpunktmässig Investitionen im Ausland. Insgesamt planen alle (246 von 246) antwortenden Unternehmen Investitionen in der Region Zentralschweiz. Dies ist insgesamt ein ausserordentlich gutes Bild für den Standort Zentralschweiz.

Abb. 8: Regionen der geplanten Investitionen (unabhängig vom Rang)
Geplante Investitionen nach Standort

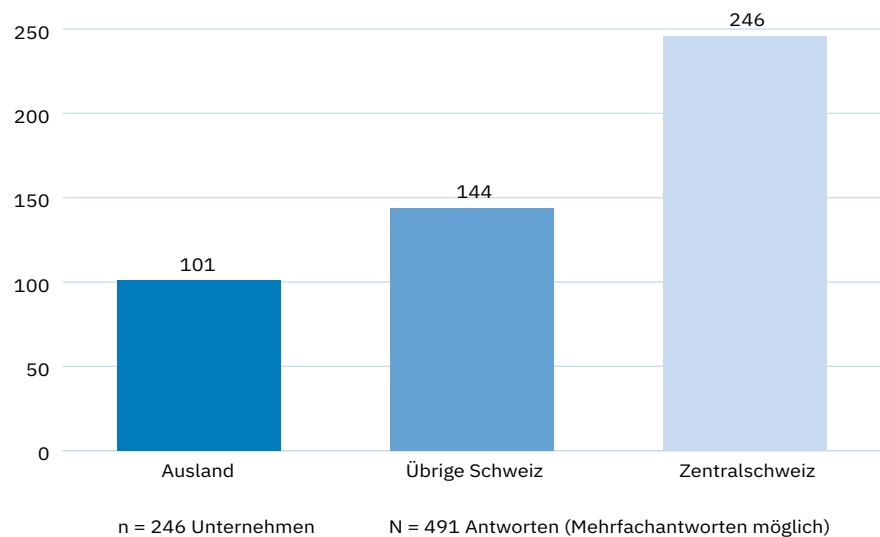
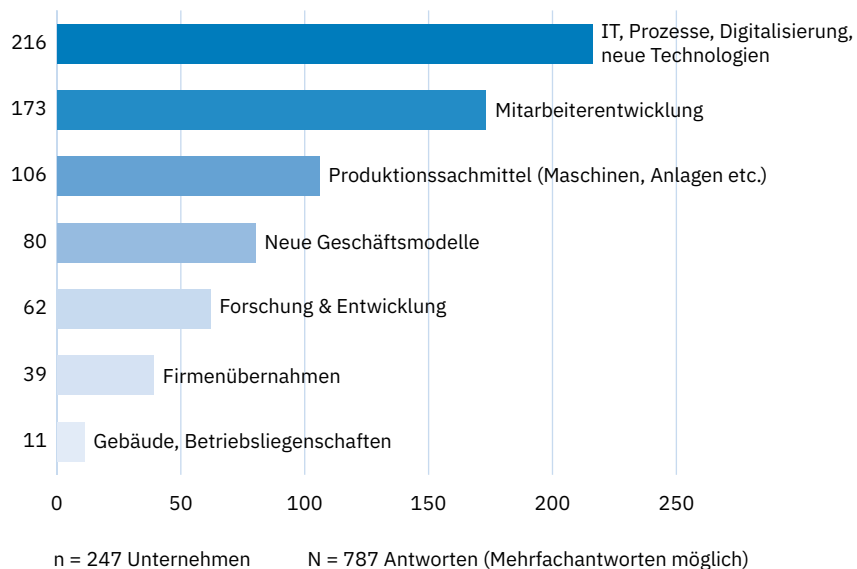


Abb. 9: Investitionsbereiche, in denen hauptsächlich investiert wird

Geplante Investitionen nach Art

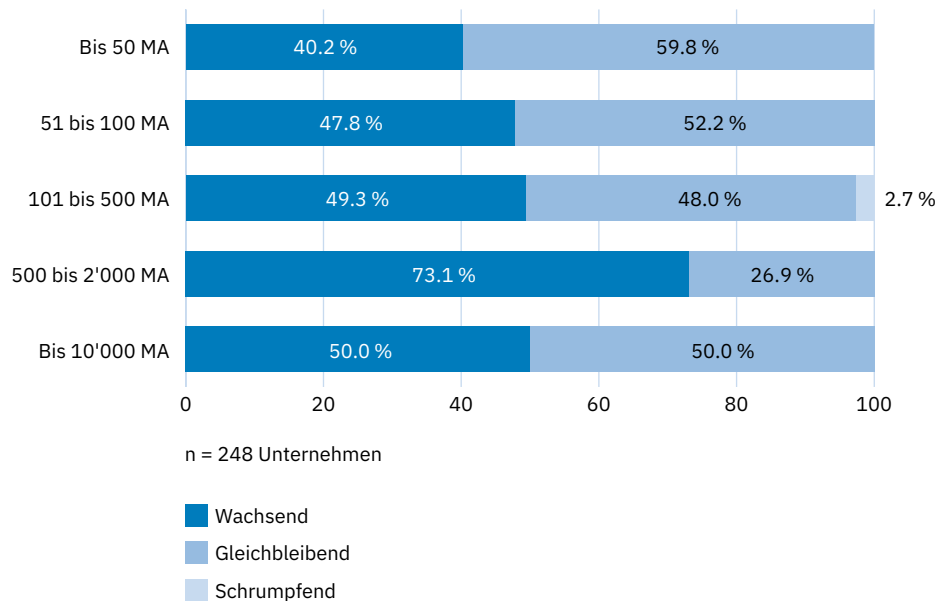


Schwerpunkt der Investitionstätigkeit ist der Bereich Digitalisierung und neue Technologien. 216 Unternehmen wollen in diesem Bereich investieren. Der grosse Fachkräftemangel, den die Unternehmen laut diesem Finanzmonitor wiederum als zentrales Problem der Wirtschaftsentwicklung sehen, zeigt sich auch in den Investitionen. 173 Unternehmen geben an, in die Mitarbeiterentwicklung investieren zu wollen. Maschinen und Anlagen werden von 106 Unternehmen als Investitionsgegenstände benannt. Dezidiert in neue Geschäftsmodelle und damit in eine Erweiterung der eigenen geschäftlichen Basis wollen 80 Unternehmen investieren. Dies entspricht 32% aller Unternehmen (Vorjahr 30%). Forschung und Entwicklung – als zweites explizit auf die Verbreiterung der geschäftlichen Basis gerichtetes Investitionsfeld – wird von 25% genannt (Vorjahr 23%). Damit gibt eine sehr grosse und gegenüber dem Vorjahr leicht gewachsene Gruppe von Unternehmen an, dass sie direkt in Wachstum investieren will. Auch die Aktivität bezüglich Mergers & Acquisitions wird ausgebaut. 39 antwortende Unternehmen planen Übernahmen. Solche Übernahmen plant man in der Regel nur in Zeiten, in denen es den Unternehmen gut geht. Damit ist auch dies ein deutlicher Fingerzeig auf die sehr erfreuliche Situation der Unternehmen und deren optimistische Zukunftsbetrachtungen.

Spiegelbildlich zu den Investitionen stellt sich in der Regel der Finanzierungsbedarf der Unternehmen dar. 48% aller antwortenden Unternehmen sehen denn auch einen wachsenden Finanzierungsbedarf in den nächsten drei Jahren. Mittelfristig den gleichen Finanzbedarf sehen 50.8% der Unternehmen. Lediglich 2 Nennungen erwarten einen schrumpfenden Finanzbedarf. Tendenziell zeigt sich hier, dass je grösser das Unternehmen ist, umso stärker wird von einem wachsenden Finanzbedarf in den kommenden drei Jahren ausgegangen.

Abb. 10: Einschätzung des eigenen Finanzbedarfes in den nächsten 3 Jahren nach Unternehmensgrösse

Einschätzung des Finanzbedarfs in den kommenden drei Jahren



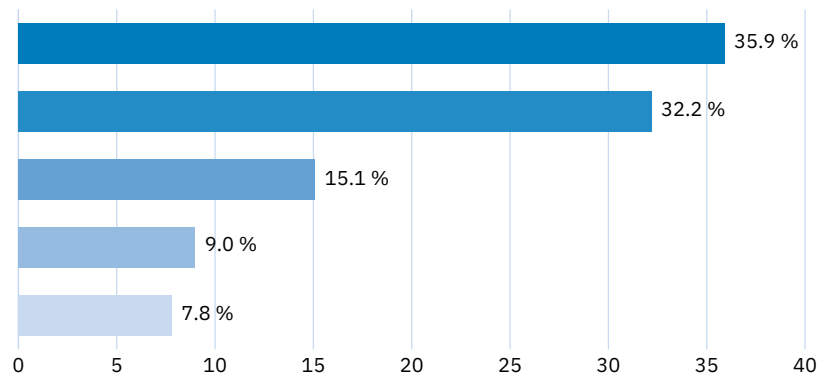
Ein wichtiger Faktor, der sowohl das Finanzierungsverhalten und damit auch das Investitionsverhalten direkt beeinflusst, ist die Zinsentwicklung. Die SNB hat im Laufe des Jahres 2022 die Leitzinsen deutlich erhöht, seit Oktober 2022 liegen sie wieder im positiven Bereich. Im Dezember 2022 wurden die Leitzinsen von der SNB auf 1.00 % erhöht. Eine weitere Zinserhöhung wird für den März 2023 erwartet. Die Luzerner Kantonalbank erwartet beispielsweise in ihrer Zinsprognose Schweiz eine Erhöhung der Leitzinsen um 50 Basispunkte auf 1.50%.⁶ Im Finanzmonitor haben 50 % der antwortenden Unternehmen gesagt, dass sie langfristig ein höheres Niveau bei den Leitzinsen der SNB erwarten.

Das Zinsniveau hat erhebliche Auswirkungen auf das Investitionsverhalten. Durch die gestiegenen Finanzierungskosten lohnen sich Investitionen weniger schnell. Die Renditeforderung an Investitionsobjekte erhöht sich unter sonst gleichen Bedingungen. Insofern könnten steigende Zinsen zu einer geringeren Investitionsneigung der Unternehmen führen. In der Umfrage wurden die Teilnehmenden mit verschiedenen Aussagen zu Auswirkungen der aktuellen Zinsentwicklung auf die Investitionen ihrer Unternehmen konfrontiert. Die folgende Abbildung gibt die Aussagen der antwortenden Unternehmen wieder.

⁶ Vgl. Luzerner Kantonalbank: Schweizer Zinsprognose, Februar 2023. <https://www.lukb.ch/documents/38421/2831213/LUKB-Zinsprognose-Schweiz.pdf> (abgerufen am 15.2.2023).

Abb. 11: Einfluss der gestiegenen Zinsen auf das Investitionsverhalten

Aussagen der teilnehmenden Unternehmen zur Inflation



n = 245 Unternehmen

- Kein Einfluss (Investitionen werden ohne Fremdkapital finanziert)
- Kein Einfluss (Investitionen werden unabhängig von den Zinskosten getätigt)
- Kurzfristige Finanzierungen um Zinskosten gering zu halten (Eher unabhängig von der Zinsentwicklung)
- Weniger Investitionen aufgrund der gestiegenen Zinskosten
- Nicht relevant (Es stehen keine Investitionen an)

Es zeigt sich, dass zwei Drittel der antwortenden Unternehmen immun auf die Zinsentwicklung reagieren. Entweder entscheiden sie sich für Investitionen unabhängig von den Zinskosten (32%) oder sie finanzieren die Investitionen rein mit Eigenmitteln, so dass die Finanzierungskosten für sie keine Rolle spielen (36%). Letztere Aussage widerspricht zwar der betriebswirtschaftlichen Logik, nach der Investitionen nur dann vorteilhaft sind, wenn sie ihre Opportunitätskosten mindestens verdienen. Die Opportunitätskosten stellen die Kosten der besten Alternative zur Investition dar. Die Renditen der Alternativenanlagen sind durch das herrschende Zinsniveau beeinflusst und gehen bei steigenden Leitzinsen in die Höhe. Hohe Eigenkapitalquoten sind bei Schweizer Unternehmen durchaus verbreitet. So wurde in der Finanzierungsstudie 2022 des IFZ festgestellt, dass der Median der Eigenkapitalquote bei 51.4% liegt.⁷ Auch wenn in dieser Studie kотиerte Unternehmen untersucht worden sind, passt die hier gefundene Aussage durchaus zu der Finanzierungssituation Schweizer Unternehmen.

15% der antwortenden Unternehmen schränken aufgrund der höheren Zinsen ihr Investitionsverhalten nicht ein, reagieren aber mit einem geänderten Finanzierungsverhalten. Sie finanzieren sich kurzfristiger. Dies bedeutet auch, dass diese Unternehmen mittelfristig wieder auf sinkende Zinsen setzen. Da dies nicht den publizierten Prognosen der meisten Schweizer Banken entspricht, erstaunt die vergleichsweise häufige Nennung dieser Alternative. Lediglich 8% aller antwortenden Unternehmen verzichten aufgrund der höheren Zinsen bewusst auf Investitionen. Dies steht allerdings im Widerspruch zur Aussage zu den Planungen von Investitionen der teilnehmenden Unternehmen, nachdem alle Unternehmen Investitionen geplant haben. Insofern sind hier wohl nur Teilverschiebungen gemeint.

Insgesamt zeigt sich aber ein positives Bild: Die überwiegende Mehrheit bleibt bei ihren geplanten Investitionen unabhängig vom Zinsniveau. Die Aussagen lassen darauf schliessen, dass dies auch bei noch weiter steigenden Zinsen so gehandhabt wird. Das steigende Zinsniveau stellt damit kein grosses Risiko für die Zentralschweizer Wirtschaft dar. Historisch betrachtet befindet sich die Schweiz immer noch in einer Niedrigzinsphase, da die Zinsen deutlich unter den langfristigen Durchschnitten liegen.⁸ Da die Zinsen insgesamt noch niedrig sind, wird das gestiegene Zinsniveau noch nicht als reale Belastung angesehen.

⁷ Vgl. Birrer, T./ Bauer, M./ Rupp, M.: IFZ Finanzierungs- und Treasurystudie 2022, S. 16.

⁸ Vgl. SNB: Historische Zeitreihen, https://www.snb.ch/de/i/about/stat/statrep/statpubdis/id/statpub_histz_arch#t2 (abgerufen am 15.2.2023).

4 Chancen und Risiken der Zentralschweizer Wirtschaft

In einer offenen Frage hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, die grössten unternehmerischen Herausforderungen in den nächsten drei Jahren zu benennen. 224 Finanzverantwortliche haben diese Frage beantwortet. Neben vielen individuellen Aussagen zu unternehmensspezifischen Entwicklungen, gab es einige häufig benannte Herausforderungen, die aus der Umwelt der Unternehmen entstehen. Die gemachten Aussagen wurden sortiert und nach Stichworten geclustert. Nachfolgende Wortwolke stellt die häufigsten Nennungen dar.

Abb. 12: Wortwolke zu den grössten unternehmerischen Herausforderungen in den nächsten drei Jahren



Das mit grossem Abstand am meisten benannte Thema war der Fachkräftemangel. Dieses Thema wurde bereits im Finanzmonitor 2022 am häufigsten als grösste Herausforderung der kommenden drei Jahre bezeichnet. Die Zahl der Nennungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht. Die wahrgenommenen Probleme bei der Rekrutierung haben sich in den Zentralschweizer Unternehmen offenbar verstärkt. Einen deutlich höheren Stellenwert in den Nennungen haben Beschaffungsprobleme und Inflation bzw. Preis- und Kostendruck bekommen. Die letzte Umfrage fand vor dem Beginn des Ukraine-Kriegs statt, was diesen Trend erklären kann. Besondere Aufmerksamkeit hat der Energiesektor bekommen, was sich durch die Entwicklungen an den Energiemärkten im Zuge des Ukraine-Kriegs erklären lässt. Die Antwortenden befürchten sowohl steigende Preise als auch eine Mangellage. Digitalisierung wird weiterhin als Herausforderung betrachtet. Hier haben sich im Zeitablauf die Nennungen kaum verändert. Nur noch eine Erwähnung bei den Antwortenden hat die Pandemie erhalten, die im Jahr 2022 noch auf Platz 2 der Nennungen stand. Dies ist ein deutliches Zeichen, dass die Pandemie für die Wirtschaft abgeschlossen ist.

Die Umfrage zum letztjährigen Finanzmonitor fand vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine statt. Insofern ist nicht verwunderlich, dass geopolitische Risiken als neue Herausforderung benannt wurden. Ein neues Thema, das sich im vergangenen Jahr noch nicht auf der Liste der meistgenannten Herausforderungen befand, sind Cyberrisiken. Hier kann man davon ausgehen, dass sich die Problemwahrnehmung langsam entwickelt. Des Weiteren hat sich die Zinsentwicklung durch die Leitzinserhöhungen der SNB und anderer Notenbanken gegenüber dem Vorjahr deutlich verändert. Die Antworten decken sich weitgehend mit den Ergebnissen der aktuellen Befragung von Unternehmen und Verbänden durch Economiesuisse.⁹ Hiernach waren Beschaffungsprobleme, die Energiesituation und ein zu tiefer Personalbestand die grössten Probleme der Schweizer Unternehmen.

⁹ Vgl. Economiesuisse: Lieferkettenprobleme und höhere Beschaffungskosten belasten Schweizer Wirtschaft, <https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/lieferkettenprobleme-und-hoehere-beschaffungskosten-belasten-schweizer-wirtschaft> (abgerufen am 15.2.2023).

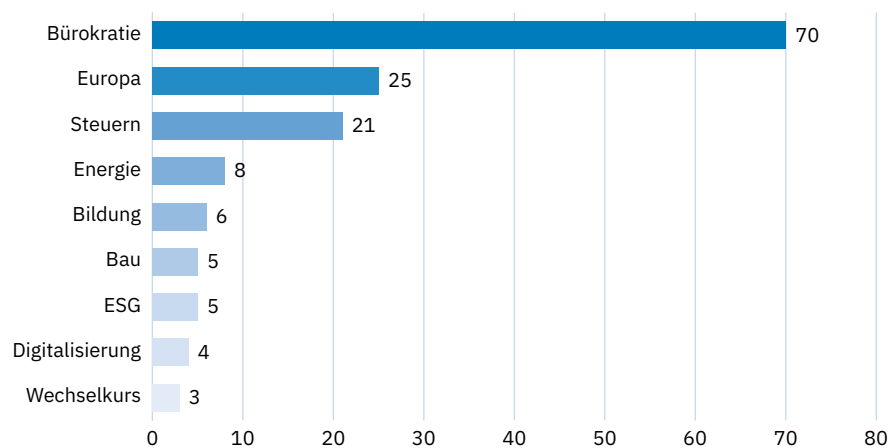
5 Wünsche an die Politik

In einer weiteren offenen Frage wurde nach den Wünschen an die Politik gefragt. Ähnlich wie im vergangenen Jahr zeigt sich hier insgesamt eine hohe Zufriedenheit und es wird häufig eine Fortsetzung der bisherigen Politik gefordert. So lässt sich auch deuten, dass viele Unternehmen diese Frage gar nicht beantwortet haben. 80 Unternehmen haben bei dieser Frage auf eine Antwort verzichtet. Anders als im Vorjahr wurden die Wünsche in diesem Jahr differenziert nach Kantonen und dem Bund abgefragt. Ausgewertet wurde die Umfrage durch ein Clustering nach zentralen Begriffen. Die meisten Aussagen zu Wünschen an die Bundespolitik befassten sich mit «Bürokratie» (70 Nennungen). Hauptsächlich wird eine zu komplizierte Administration kritisiert und es besteht Angst vor immer mehr Regulierung, die dann die Bürokratie noch weiter ansteigen lässt. Die Unternehmen äussern deutlich den Wunsch nach weniger Regeln und mehr Freiheiten. In diese Kategorie fallen auch 5 Nennungen aus dem Bereich Bau, die die in dieser Branche besonders starke Bürokratie und Regulierung beklagten.

Die zweithäufigste Antwortkategorie kam aus dem Themenfeld Europa. Die Mehrzahl der Antwortenden wünschten sich eine Wiederannäherung an die EU, wobei es auch einzelne Meinungen gab, die sich kritisch mit der EU auseinandersetzten. Das Thema Steuern wurde insgesamt 21 mal genannt. Hier gab es Wünsche nach niedrigeren Steuern oder nach einer zukünftig stabilen Steuerbelastung. In Einzelaussagen wurde die OECD Mindestbesteuerung thematisiert und hier insbesondere die Befürchtung einer zu starken Bürokratie im Zuge der nationalen Umsetzung geäussert.

Die nachfolgende Abbildung zeigt die mehr als zwei Mal genannten Themen bei den Wünschen an die Bundespolitik:

Abb. 13: Nennungen bei den Wünschen an die Politik auf Bundesebene



Betrachtet man die Wünsche an die Politik auf Ebene der Kantone, so zeigt sich ein differenziertes Bild. An den Kanton Luzern wird am stärksten der Wunsch geäussert, die Bürokratie einzudämmen (26% der Nennungen aus dem Kanton Luzern). Als besonderes Problem wird der Baubereich identifiziert. 9% der Antworten beziehen sich auf spezielle Themen aus dem Bereich Bau. Hier werden insbesondere lange Genehmigungsverfahren beklagt. 18% wünschen sich niedrigere Steuern bzw. Erleichterungen bei der Administration der Steuern. Mehrfach genannt wird noch zusätzlich der Bildungsbereich. Hier wünschen sich die Unternehmen insbesondere eine Stärkung der beruflichen Bildung. 3% der Antworten aus dem Kanton Luzern geben an, keine Wünsche zu haben, sondern mit der Fortsetzung der bisherigen Ausrichtung zufrieden zu sein.

Bei den Nennungen aus dem Kanton Zug haben die Antworten, die sich eine Kontinuität wünschen, die grösste Häufigkeit. 26% begrüssen Stabilität der Bedingungen und der Politik im Kanton Zug. Dies spricht für eine ausserordentlich hohe Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen im Kanton Zug. 10% hätten gerne einen Abbau der Bürokratie. Auffällig ist, dass 8% der Unternehmen über zu hohe Kosten für den privaten Wohnraum klagen, was ihnen Nachteile bei der Rekrutierung von dringend benötigten Fachkräften bringt. Bei den kleineren Kantonen sind die Nennungen zu gering, um individuelle Auswertungen vorzunehmen. Die Nennungen beziehen sich auch hier im Wesentlichen auf die Themen Steuern und Bürokratieabbau. Auffallend ist, dass im Kanton Schwyz ebenfalls überwiegend der Wunsch nach Kontinuität und Stabilität der bisherigen Politik geäussert wird.

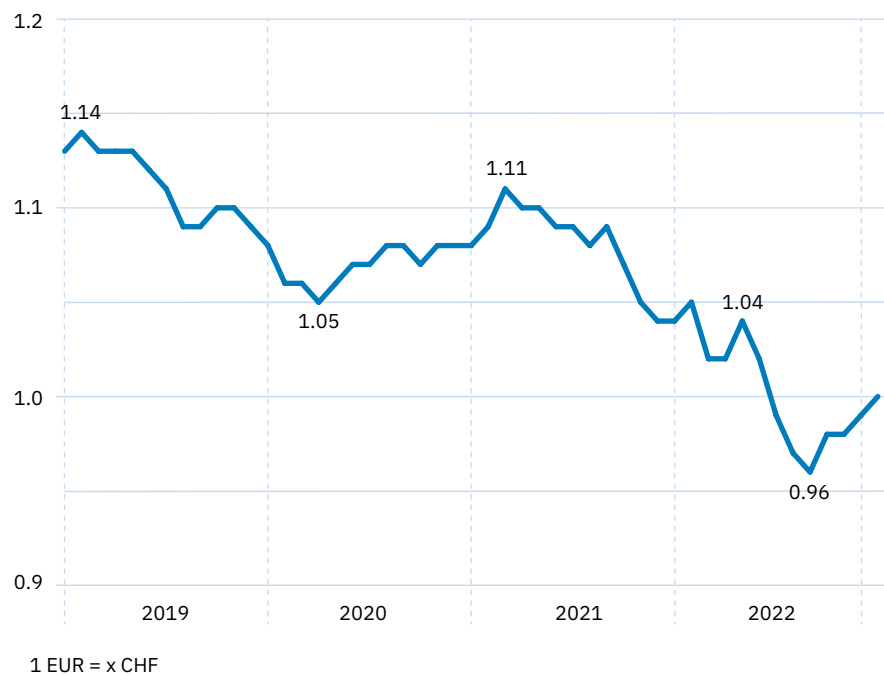
Da Bürokratieabbau der am häufigsten genannte Wunsch der Zentralschweizer Unternehmen ist, gilt es zu prüfen, ob sich die Aussage mit den tatsächlich gemachten Erfahrungen der Unternehmen deckt. Dazu haben wir nach der Entwicklung der administrativen Aufwände in den letzten 12 Monaten gefragt. Tatsächlich beklagen 57% der Unternehmen einen steigenden administrativen Aufwand, 42% der Unternehmen halten den Aufwand für gleichbleibend im Vergleich zu den Vorjahren. Lediglich 2 Unternehmen (entsprechend 0.8% aller Antworten) haben einen Rückgang der administrativen Aufwendungen festgestellt. Am negativsten wird die Lage im Kanton Uri beurteilt. Hier beklagen 86% der Antworten eine gewachsene Bürokratie, während 14% den administrativen Aufwand gleich beurteilen. Positiv hebt sich der Kanton Obwalden ab, bei dem nur 35% eine gestiegene Bürokratie erfahren haben. Beide Aussagen stützen sich jedoch auf eine nur kleine Zahl von Teilnehmenden. Auffällig ist, dass grössere Unternehmen tendenziell mehr Bürokratie in den letzten 12 Monaten wahrgenommen haben, während das bei kleineren Unternehmen weniger der Fall ist.

6 Wechselkursentwicklung

Das Jahr 2022 war zunächst geprägt von der Aufwertung des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro. Die Parität zwischen beiden Währungen wurde im Sommer 2022 erreicht. In der Folge wertete der Franken bis zum Oktober weiter auf. Anschliessend kehrte sich die Richtung um. Der Euro wurde stärker, so dass im Januar 2023 wiederum die Parität zwischen beiden Währungen erreicht war. Die Umfrage des Finanzmonitors 2023 startete unter der Voraussetzung eines sehr starken Schweizer Frankens, wobei die sich umkehrende Tendenz schon erkennbar war. Im Laufe der Umfrage schwächte sich der Franken immer weiter ab.

Abb. 14: Monatliche Entwicklung des Wechselkurses des Euro gegenüber dem Schweizer Franken von Januar 2019 bis Januar 2023 (in Schweizer Franken)

Wechselkursentwicklung des CHF zum Euro (in CHF) ¹⁰



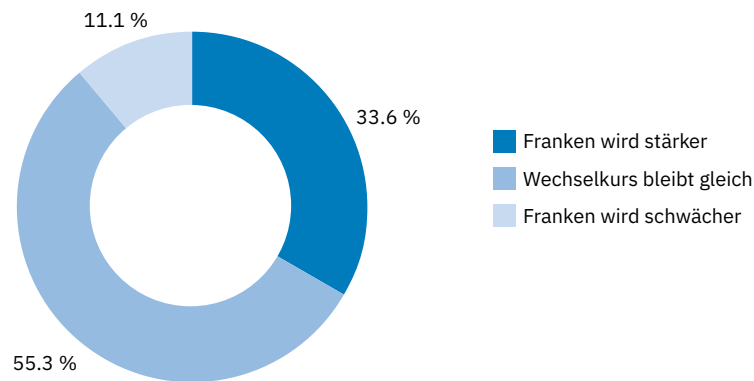
Die Prognosen der meisten Kreditinstitute gehen von einer weiteren Abwertung des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro aus. Als Grund dafür wird genannt, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ihre anfängliche Zurückhaltung bei Zinserhöhungen inzwischen aufgegeben und die Zinsen bis auf 3 % erhöht hat. Im Februar wurden schon weitere Zinserhöhungen der EZB konkret angekündigt. Auch die SNB hat ihre Zinsen erhöht, bleibt aber mit 1 % unter dem Zinsniveau in der Eurozone.

Vor diesem Hintergrund sind die Erwartungen der Zentralschweizer Unternehmen zur Wechselkursentwicklung erstaunlich. Nur 11.1 % erwarten einen schwächeren Schweizer Franken. 55.3 % gehen von gleichbleibenden Wechselkursen aus, während 33.6 % eine weitere Stärkung des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro erwarten. Teilweise kann dies durch die Entwicklungen (Leitzinserhöhung der EZB, beginnende Abwertung des Franken) während der Umfragezeit erklärt werden.

¹⁰ Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/242057/umfrage/wechselkurs-des-euro-gegenueber-dem-schweizer-franken-monatswerte/> (abgerufen am 10.2.2023).

Abb. 15: Einschätzung der Veränderung des Schweizer Frankens

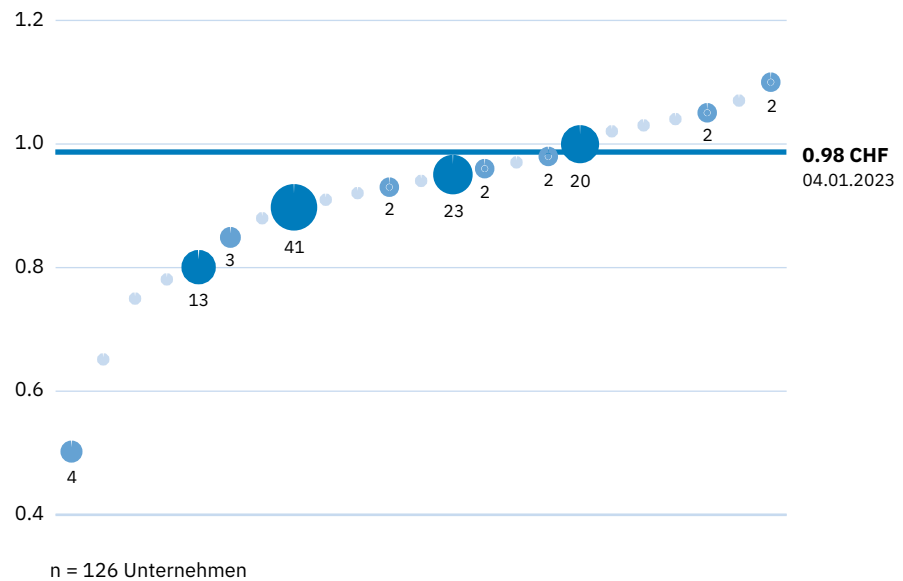
Abbildung 15: Erwartung der Änderung des Wechselkurses zwischen CHF und Euro



n = 244 Unternehmen

In einer offenen Frage haben wir nach dem «kritischen Wechselkurs» gefragt, also nach dem Wechselkurs, bei dem die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens gefährdet ist. Eine Gefährdung der Wirtschaftlichkeit beinhaltet stärkere Auswirkungen als ein Rückgang von Margen und Gewinnen. Gemeint ist eine Situation, in der das Unternehmen insgesamt nicht mehr profitabel ist. Die Teilnehmenden sollten den Wechselkurs in Schweizer Franken angeben (1 Euro entspricht so und so viel Schweizer Franken). Als Referenz wurde der Wechselkurs vom 4. Januar 2023 zu Beginn des Befragungszeitraums von 0.98 CHF angegeben. Dadurch können einerseits Ankereffekte entstehen (d.h. die Teilnehmenden wählen eine Angabe, die nahe an dem angegebenen Wert liegt). Andererseits kann so die Richtung der erwarteten Wechselkurseingabe klar gemacht werden. Aus der Auswertung haben wir Ausreisser, die einen Wechselkurs von mehr als 1.10 Schweizer Franken zu 1 Euro angegeben haben, ausgeschlossen, da hier der Verdacht einer Falscheingabe vorlag. Ausserdem haben wir Extremwerte ausgeschlossen. Der durchschnittliche kritische Wechselkurs wurde mit 0.90 Schweizer Franken zu 1 Euro angegeben. Die Standardabweichung dabei betrug 0.13. Diese Werte zeigen eine vergleichsweise starke Resilienz der Zentralschweizer Unternehmen gegenüber weiteren Aufwertungen des Frankens gegenüber dem Euro. Nach dem Frankenschock 2015 haben sich die Zentralschweizer Unternehmen offensichtlich auf hohe Frankenkurse eingerichtet. Die folgende Abbildung zeigt die angegebenen kritischen Wechselkurse. Hier zeigt sich, dass auch schon heute für einige Unternehmen der tatsächliche Wechselkurs über dem kritischen Wert liegt.

Abb. 16: Kritischer Wechselkurs, unterhalb dessen die Wirtschaftlichkeit gefährdet ist
Genannte kritische Wechselkurse zwischen CHF und Euro (in CHF)



Des Weiteren haben wir nach dem aktuellen Plankurs, der für das Geschäftsjahr 2023 Anwendung findet, gefragt. Hier zeigt sich, dass die Zentralschweizer Unternehmen überwiegend von stabilen Wechselkursen ausgehen. Der mittlere Plankurs liegt bei 0.99 CHF zu 1 Euro, bei einer Standardabweichung von 0.02. Der minimal angegebene Plankurs liegt bei 0.92 CHF und der maximale bei 1.10 CHF. Auch wenn die Spannweite durch die Extremwerte relativ hoch ist, ist die Mehrzahl der Erwartungen bezüglich des Wechselkurses relativ gleichgerichtet. Die Unternehmen zeigen durch die verwendeten Plankurse, dass sie insgesamt von einer Stabilität der Wechselkurse zwischen Euro und Schweizer Franken ausgehen.

Weniger relevant als der Euro ist der US-Dollar für Zentralschweizer Unternehmen. Lediglich 23% der antwortenden Unternehmen geben an, einen Budgetkurs für den US-Dollar implementiert zu haben. Der mittlere Budgetkurs liegt bei 0.96 CHF zu 1 US-Dollar (der tatsächliche Wechselkurs am 10. Februar 2023 lag bei 0.92 CHF). Die Standardabweichung der Angaben betrug 0.04, die Extremwerte lagen bei 0.88 und 1.05 (alle Werte jeweils in CHF zu 1 US-Dollar).

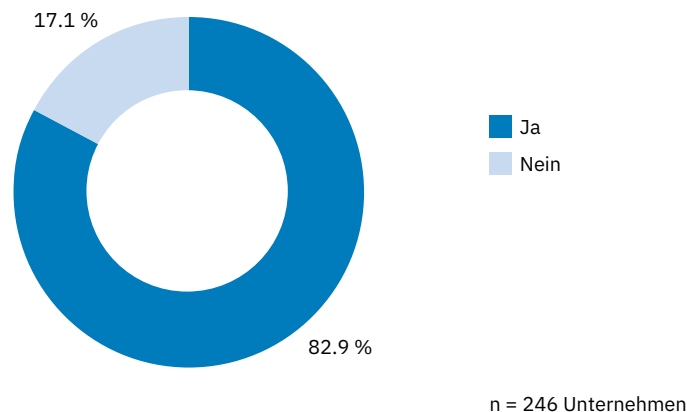
Die schwankenden Wechselkurse erfordern eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Antwort in Form einer Absicherungsstrategie. Durch sie wird sichergestellt, dass das Unternehmen nicht durch Wechselkursschwankungen beeinflusst wird. Dies gilt jedoch nur, wenn das Volumen der abzusichernden Fremdwährungsbestände hinreichend gross ist, da Absicherungen von Fremdwährungen teuer sind. Knapp die Hälfte der antwortenden Unternehmen verneinen die Notwendigkeit einer Währungsabsicherung (48%). 25% der Unternehmen sichern Fremdwährungsrisiken systematisch ab. 27% der Antwortenden sind sich der Währungsrisiken bewusst, entscheiden sich aber trotz eines relevanten Geschäfts in Fremdwährungen gegen eine systematische Absicherung. Grosse Unternehmen verfolgen dabei häufiger eine Absicherungsstrategie als kleinere Unternehmen, was den Erwartungen entspricht.

51 Unternehmen haben in einer offenen Frage angegeben, auf welche Art und Weise sie ihre Fremdwährungsrisiken absichern. Ganz überwiegend schliessen die antwortenden Unternehmen Termingeschäfte zur Absicherung ihrer Positionen in Fremdwährungen ab (23 Nennungen). Einige Unternehmen nutzen ergänzend das natural hedging, also den Ausgleich von Einnahme- und Ausgabepositionen in Fremdwährungen. Nur wenige antwortende Unternehmen (4 Nennungen) verlassen sich ausschliesslich auf natural hedges. 5 Unternehmen geben an, dass die Fremdwährungsrisiken auf Konzernebene bei einer ausländischen Muttergesellschaft gepoolt werden. Zwei Unternehmen kaufen ihre Rohmaterialien gezielt im Euroraum ein, damit natürliches Hedging überhaupt möglich wird.

7 Lieferkette und Inflation

In den vergangenen Jahren haben die weltpolitischen Ereignisse zu einem erhöhten Druck auf die Lieferketten von Unternehmen geführt. Durch die Corona-Pandemie sind Produktionsstätten zunächst weltweit und bis zum Jahresende 2022 insbesondere noch in China ausgefallen. Dadurch mussten Erzeuger ihre Produktion teilweise vollständig einstellen. In der Folge waren manche Materialien nicht mehr zu beschaffen. Inflationäre Tendenzen in den USA, dem Euro-Raum und abgeschwächt in der Schweiz haben zudem die Beschaffung verteuert. Die Energiekrise durch den Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland haben die Energiepreise erheblich verteuert. Aufgrund der derzeitigen schwierigen Situation haben wir im Finanzmonitor 2023 hier einen Schwerpunkt der Befragung gesetzt.

Abb. 17: Einschätzung zur eigenen Betroffenheit durch gestiegene Kosten
Aussagen zur Betroffenheit bei Preiserhöhungen auf Beschaffungsmärkten



Wir haben Fragen zu den Inflationserwartungen der Unternehmen gestellt. Dabei zeigt sich, dass die Mehrheit der Zentralschweizer Unternehmen nicht davon ausgeht, dass die Inflation ein langanhaltendes Phänomen ist, das die weitere wirtschaftliche Entwicklung der kommenden Jahre prägen wird. Zwar erwarten 15% einen deutlichen Anstieg der Inflation in den kommenden Monaten. Auf die Sicht von fünf Jahren gehen aber mehr als die Hälfte der Unternehmen (51.6%) von einer Beruhigung der Preise aus. 56% der Unternehmen stimmen der Aussage zu, dass «Die Inflation nur kurzfristig steigen wird und dann wieder zurückgeht.» Allerdings gehen auch 75% der Unternehmen von steigenden Löhnen als Folge der erhöhten Lebenshaltungskosten aus. Die zuversichtliche Einschätzung der Inflation deckt sich mit den Ansichten des Bundes. In seiner Konjunkturprognose geht das SECO von zurückgehenden Inflationsraten in den Jahren 2023 und 2024 aus (in 2023 auf 2.2% und in 2024 auf 1.5%).¹¹

Konkrete Massnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Inflation werden von den Zentralschweizer Unternehmen aufgrund ihrer Einschätzungen der Lage folgerichtig nur selten ergriffen. 8% geben an, dass sie Investitionen zeitlich vorziehen, um sich das heutige Preisniveau zu sichern. 7% sagen, dass sie ihre Lieferantenverträge verlängert haben, um sich die heutigen Preise zu sichern. Nur 3% der antwortenden Unternehmen haben angegeben, dass sie ihre eigenen Zahlungsziele verkürzt haben. Dies würde den Geldwert von Kundenzahlungen sichern.

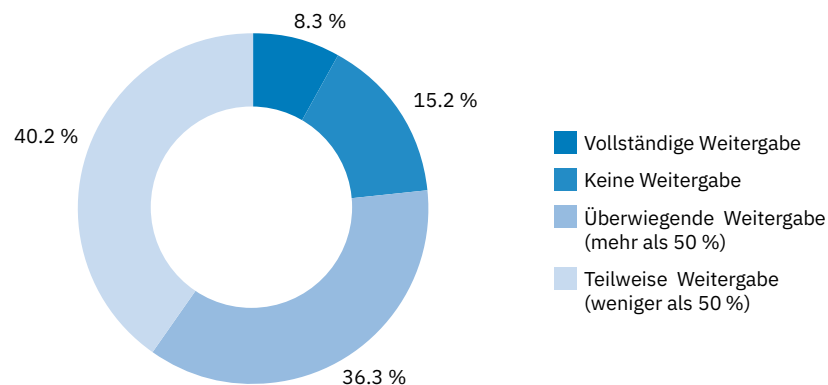
¹¹ Vgl. SECO: Konjunkturprognosen, <https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/wirtschaftslage---wirtschaftspolitik/Wirtschaftslage/konjunkturprognosen.html> (abgerufen am 15.2.2023).

Hohe Beschaffungspreise sind derzeit aber ein Problem für sehr viele Unternehmen. 83 % der Unternehmen sagen, dass sie mit höheren Preisen auf der Beschaffungsseite konfrontiert sind. Lediglich 17 % geben an, dass sie sich keinen höheren Preisen gegenübersehen.

Steigende Beschaffungspreise wären dann kein Problem, wenn man die gestiegenen Preise an die Kunden überwälzen könnte. Allerdings geben nur 8 % der Unternehmen an, dass sie in der Lage sind, die Preiserhöhungen ihrer Lieferanten vollständig an die Kunden weiterzugeben. 36 % können dies überwiegend, d.h. zu mehr als der Hälfte. Allerdings sagen 40 %, dass sie die Preiserhöhungen nur teilweise, d.h. zu weniger als der Hälfte an ihre Kunden weitergeben. 15 % der antwortenden Unternehmen müssen die Preiserhöhungen vollständig selbst tragen und können sie nicht an ihre Kunden weitergeben. Zu vermuten gewesen wäre, dass grössere Unternehmen es leichter haben, ihre beschaffungsseitigen Preiserhöhungen an die Kunden weiterzugeben. Die Daten zeigen aber keine signifikanten Unterschiede bezüglich der Überwälzungsmöglichkeit nach Unternehmensgrösse.

Abb. 18: Weitergabe der gestiegenen Kosten

Überwälzung von gestiegenen Beschaffungskosten an Kunden

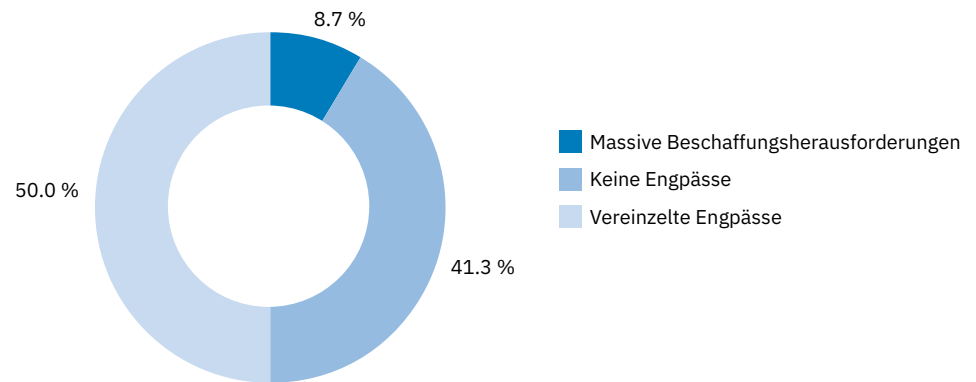


n = 204 Unternehmen

Insgesamt zeigt sich, dass Zentralschweizer Unternehmen Probleme mit der Inflation insbesondere bei den Beschaffungspreisen haben. Sie sehen aber sehr optimistisch in die Zukunft und gehen von einem vorübergehenden Phänomen aus. Daher ergreifen sie nur wenige langfristige Massnahmen, um sich gegen weiter steigende Preise zu wappnen.

Das schwerwiegendere Problem im Vergleich zu Preissteigerungen sind Beschaffungsengpässe. In vielen Fällen sind notwendige Rohmaterialien und Vorprodukte gar nicht mehr verfügbar. Dieses Problem stellt sich 59 % der antwortenden Unternehmen. 9 % sprechen in diesem Zusammenhang sogar von massiven Problemen, die zu einschneidenden unternehmerischen Konsequenzen führen. 50 % haben vereinzelte Probleme, die Schwierigkeiten bereiten, aber keine einschneidenden Konsequenzen haben. Mit 41 % weniger als die Hälfte aller antwortenden Unternehmen haben keinerlei Probleme mit Beschaffungsengpässen, zumindest, was wichtige Komponenten betrifft. Die Probleme sind besonders gross in der Produktion und im Bereich Pharma und Gesundheit. Nicht erwartet haben wir, dass die Beschaffungsprobleme mit zunehmender Unternehmensgrösse steigen. Ein Grund dafür kann die grössere Internationalisierung der Lieferkette sein. Des Weiteren sind Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe tendenziell stärker von den Problemen betroffen. Im verarbeitenden Gewerbe spielt die Lieferkette naturgemäss eine grössere Rolle als in dienstleistungsorientierten Unternehmen.

Abb. 19: Aktuelle Beschaffungssituation für wichtige Vorleistungen/Komponenten/Materialien
Aussagen zur Beschaffungssituation von Unternehmen



n = 242 Unternehmen

Die Unternehmen reagieren auf die Beschaffungsprobleme. 44 % haben ihre Lagerbestände erhöht. Die Optimierung mit Hilfe von just in time und starker Reduktion der Vorräte wurde deutlich zurückgefahren. 38.5 % der Antwortenden geben an, dass sie zusätzliche Lieferanten aufbauen. Damit ergibt sich die Möglichkeit, bei Lieferengpässen auf einen zweiten Lieferanten auszuweichen und damit eventuelle Lieferengpässe zu verhindern. Immerhin 7 % gehen den radikalsten Weg: sie greifen zum Insourcing, d.h. sie stellen Vormaterialien, die sie bisher eingekauft haben, zukünftig selbst her. Nur 39% der Teilnehmenden haben angegeben, keine Massnahmen zu ergreifen. Dies deckt sich mit der Anzahl derjenigen Unternehmen, die angegeben haben, nicht von Beschaffungsproblemen betroffen zu sein.

8 Environment, Social und Governance (ESG)

Seit dem 01.01.2022 gelten in der Schweiz erweiterte Berichterstattungspflichten zu nichtfinanziellen Belangen. Die neuen Regelungen des Sechsten und Siebten Abschnitts des Obligationenrechts beinhalten die Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags zur Konzernverantwortungsinitiative, der nach der Ablehnung der Initiative in Kraft gesetzt wurde. Zur Anwendung kommt die neue Gesetzgebung ab dem Geschäftsjahr 2023.

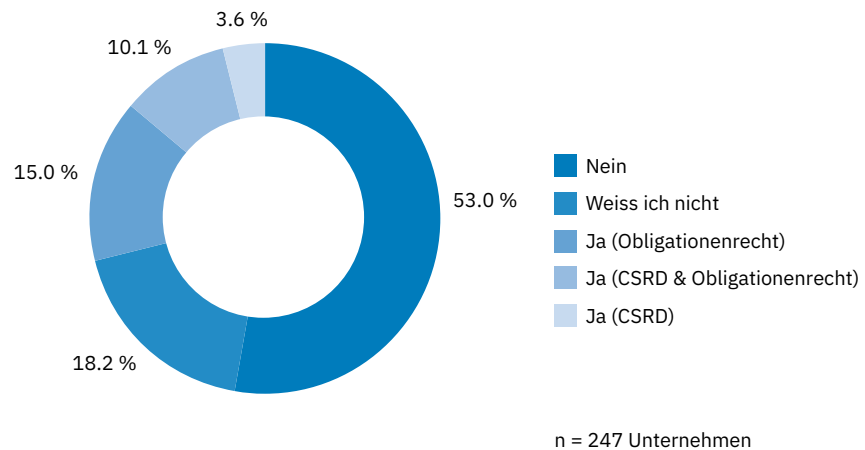
Die Neuerungen umfassen zwei Bereiche: Transparenzanforderungen über nichtfinanzielle Belange für grosse Unternehmen und weitreichende Offenlegungspflichten für Rohstoffunternehmen. Zu den nichtfinanziellen Belangen, über die Unternehmen mit mehr als 500 Vollzeitstellen Rechenschaft ablegen müssen, gehören Umweltbelange, insbesondere CO₂-Ziele, Sozialbelange, Arbeitnehmerbelange, die Achtung der Menschenrechte sowie die Bekämpfung der Korruption. Eine Vollzugsverordnung zur Klimaberichterstattung, die am 01.01.2024 in Kraft tritt, konkretisiert die Berichtspflichten. Die Bestimmungen zur Transparenz bei Rohstoffunternehmen umfassen Offenlegungsanforderungen zu den Bereichen Kinderarbeit und Konfliktmineralien. Der Anwendungsbereich wird ebenfalls auf Verordnungsebene konkretisiert.

Auch in der EU-Regulierung gibt es Neuerungen, von denen Schweizer Unternehmen betroffen sein können. Der Anwendungsbereich der neuen EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD), die am 5. Januar 2023 in Kraft getreten ist, muss jetzt von den EU-Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden. Diese erstreckt sich auch auf Unternehmen aus Nicht-EU-Staaten, wenn sie mehr als 150 Millionen Euro Umsatz innerhalb der EU generieren und entweder ein grosses oder kotiertes Tochterunternehmen oder eine Niederlassung mit mindestens 40 Millionen Euro Umsatz in der EU haben. Diese Anforderung gilt aber erst ab dem Jahr 2029 (mit der Berichtspflicht für das Jahr 2028).

Vor dem Hintergrund der regulatorischen Dynamik im Bereich der nichtfinanziellen Berichterstattung wurden Fragen zu ESG Aspekten in die Umfrage integriert.

Die Ergebnisse zeigen, dass 29 % der teilnehmenden Unternehmen von den Berichterstattungspflichten berührt sind. 15 % der Unternehmen geben an, von den neuen Regelungen des Obligationenrechts berührt zu sein. 4 % sehen sich von der CSRD betroffen; 10 % geben an, von beiden Regelungen betroffen zu sein. Die Umfrageergebnisse zeigen jedoch auch, dass keineswegs bei allen Unternehmen Klarheit hinsichtlich der Berichtspflichten herrscht. 18 % der Unternehmen äusserten, sie wüssten nicht, ob sie von den neuen Regelungen betroffen seien. Dieser vergleichsweise hohe Anteil zeigt, dass Aufklärungsbedarf bei Schweizer Unternehmen besteht.

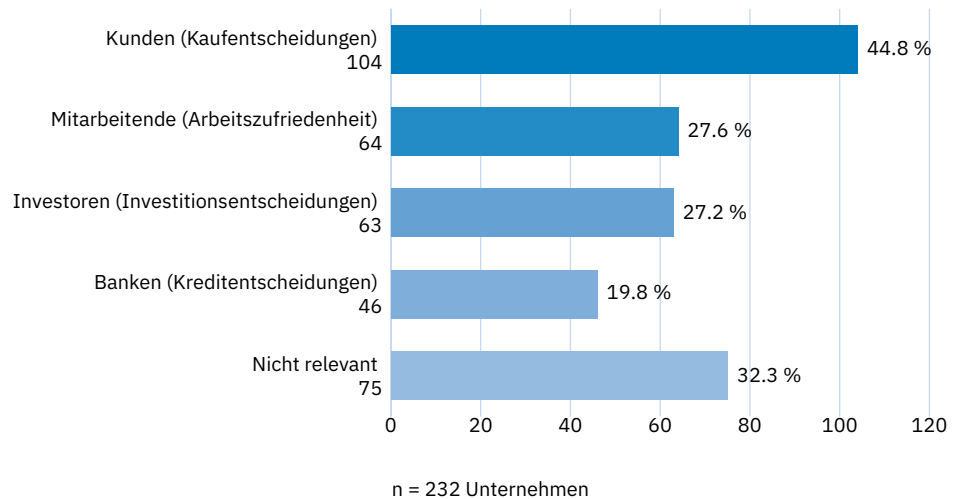
Abb. 20: Betroffenheit von der ESG Reportingpflicht



Unabhängig von den Berichtspflichten gehen viele Unternehmen davon aus, dass ihre Stakeholder von ihnen die Auseinandersetzung mit ESG-Themen erwarten. So gaben 20% der Unternehmen an, Banken berücksichtigten ESG-Kriterien verstärkt in der Kreditvergabe. 27% der Unternehmen beobachten, dass ESG-Kriterien vermehrt die Entscheidungen von Investoren beeinflussen. Bei Mitarbeitenden nehmen 28% der Unternehmen wahr, dass ESG Performance ein entscheidendes Kriterium für die Arbeitszufriedenheit ist. Für die Stakeholdergruppe Kunden äusserten 45% der Unternehmen, dass ESG-Kriterien vermehrt eine Rolle bei Kaufentscheidungen spielen. Allerdings gaben auch 32% der Unternehmen an, die Berücksichtigung von ESG-Kriterien durch das Unternehmen habe keine Relevanz für ihre Stakeholder.

Abb. 21: ESG Relevanz für Stakeholder

Relevanz von ESG-Themen für die Stakeholder



Die Einflüsse und Anforderungen, mit denen sich Unternehmen in den drei nachhaltigkeitsrelevanten Themenfeldern Umwelt (E), Soziales (S) und Governance (G) konfrontiert sehen, werden unterschiedlich eingeschätzt. Während 37% der antwortenden Unternehmen angeben, bisher kaum konkrete Berührungspunkte mit der Thematik gehabt zu haben, sehen sich 33% in allen drei Bereichen und auf allen Unternehmensebenen mit Einflüssen bzw. Anforderungen konfrontiert. 15% nehmen diese eher im Bereich Umwelt wahr, 3% bei Sozialthemen und 12% vorwiegend im Bereich der Governance, insbesondere aufgrund regulatorischer Vorgaben.

9 OECD Mindestbesteuerung

Auf Initiative der G20 Staaten haben sich 137 Industriestaaten im Jahr 2021 auf eine globale Mindestbesteuerung für grosse und international tätige Unternehmen geeinigt. Wenn die Steuer im Sitzstaat unter 15 % liegt, kann eine weitere Besteuerung in anderen Ländern, in denen das internationale Unternehmen tätig ist, bis zum Erreichen des Satzes von 15 % nachgeholt werden. Damit wird de facto eine globale Mindestbesteuerung für alle grossen, international tätigen Unternehmen eingeführt. Der Bundesrat plant die nationale Umsetzung – die im Juni 2023 zum Referendum ansteht – auf den 1. Januar 2024. Betroffen sind die Zentralschweizer Kantone mit niedrigen Steuersätzen, insbesondere der Kanton Zug, Sitz vieler grosser internationaler Konzerne.

38 der teilnehmenden Unternehmen befürchten, dass sie von der OECD Mindeststeuer betroffen sein werden. Dies entspricht 15.5 %. Aufgrund der relativ hohen Umsatzgrenze von voraussichtlich 750 Mio. CHF für das Greifen der Mindeststeuer, verwundert diese vergleichsweise geringe Zahl nicht. 13 der betroffenen Unternehmen kommen aus dem Kanton Zug, was etwas mehr als einem Viertel aller teilnehmenden Zuger Unternehmen entspricht. 20 Unternehmen, die meinen betroffen zu sein, entstammen dem Kanton Luzern, 3 aus Nidwalden, 1 aus Uri und 1 aus Obwalden. Bei den Umsatzgrössenklassen zeigt sich eine grosse Verunsicherung. So sagen 7 Unternehmen mit einem Umsatz bis zu 10 Mio., dass sie voraussichtlich von der Mindestbesteuerung betroffen sind. Weitere 5 Unternehmen haben bis zu 50 Mio. CHF Umsatz und 7 geben Verkaufserlöse bis zu 200 Mio. CHF an. Alle Unternehmen liegen deutlich unter der relevanten Umsatzgrenze von 750 Mio. CHF. Allerdings können diese Unternehmen aufgrund ihrer internationalen Verflechtung durchaus direkt betroffen sein oder sie sind als Tochtergesellschaften internationaler Konzerne mittelbar betroffen.

In einer offenen Frage haben wir die antwortenden Unternehmen nach ihren konkreten Vorbereitungen auf die Einführung der Mindestbesteuerung gefragt. Die meisten Unternehmen, die hier geantwortet haben, gaben an, die Situation zu beobachten und Informationen zu sammeln. Drei Unternehmen gaben an, dass sie eigene personelle Ressourcen im Bereich Steuern aufbauen, während 5 Unternehmen sich stärker als in der Vergangenheit von externen Steuerberatern unterstützen lassen. Einige Unternehmen gaben an, Simulationen zu rechnen, welche Auswirkungen die voraussichtlichen Veränderungen auf ihr Ergebnis haben könnten. Vereinzelt wurde geäußert, dass die Unternehmen stille Reserven in den Geschäftsjahren bis 2024 auflösen, um sich die heutigen Steuersätze zu sichern.

Autoren



Prof. Dr. Stefan Behringer

Stefan Behringer hat Betriebswirtschaftslehre an der Universität zu Köln studiert. Promoviert hat er zu Themen der Unternehmensbewertung an der Universität Flensburg. Nach dem Doktorat hat er 10 Jahre Managementenerfahrung bei der Deutschen Post und Olympus Europa in den Bereichen Controlling, Mergers & Acquisitions, Compliance und Interne Revision gesammelt. Seit 2009 ist er Professor für Betriebswirtschaftslehre. Von 2013 bis 2019 war er Präsident der NORDAKADEMIE Hochschule der Wirtschaft in Elmshorn und Hamburg. Seit 2019 ist er am IFZ tätig und leitet dort das Kompetenzzentrum Controlling.



Dr. Ute Laun

Ute Laun hat Betriebswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg studiert. Ihre Dissertation zum Themenfeld Sustainability Accounting hat sie an der Universität Zürich verfasst. Neben einigen Jahren Praxistätigkeit in der Versicherungs- und IT-Branche hat sie als Dozentin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Zürich und der Fernhochschule Schweiz gearbeitet. Seit 2022 ist sie Dozentin und Projektleiterin am IFZ und beschäftigt sich mit Fragestellungen aus dem Bereich ESG-Reporting sowie Nachhaltigkeitsmanagement und Controlling.



Dr. Sandra Stupar

Sandra Stupar hat Mathematik an der Universität Oxford studiert. Ihre Dissertation hat sie an der ETH in Bereich Quanteninformationstheorie, zum Thema Zeit und Uhren in der Quantentheorie, verfasst. Nach dem Doktorat arbeitete sie bei Deloitte und UBS als Finanz- und Risikoberaterin. Seit September 2022 ist sie Dozentin und Projektleiterin am IFZ und beschäftigt sich mit Fragestellungen in den Bereichen Risiko und Finanzen und unterrichtet verschiedene Mathematikurse.



Prof. Dr. Markus Gisler

Markus Gisler ist Leiter des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug IFZ der Hochschule Luzern – Wirtschaft. Seine Lehr-, Forschungs- und Beratungsschwerpunkte sind die CFO Funktion, Financial Accounting und Controlling. Markus Gisler studierte und promovierte an der Hochschule St. Gallen (HSG) und verfügt über ein Diplom als eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer. Er arbeitete 16 Jahre als Group Controller und Finanzchef für die DKSH Gruppe, wovon acht Jahre in Japan, den Philippinen und Hongkong. Seit 2015 ist Markus Gisler Präsident des CFO Forums Schweiz, der grössten Vereinigung von CFOs in der Schweiz. In der Zentralschweiz engagiert er sich im Dienstleistungsausschuss der Zuger Wirtschaftskammer, in der Bereichskonferenz Berufsbildung des Kt. Zug und in der Stiftung für das Alter, Hünenberg.

Unter Mitarbeit von:

Manuel Gesslein

(Masterassistent am IFZ)

Die Partner des Finanzmonitors



Die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ ist eine der insgesamt 18 Industrie- und Handelskammern der Schweiz. Die IHZ ist das Zentralschweizer Kompetenzzentrum für Wirtschaftspolitik und Export. Parteipolitisch unabhängig vertritt sie als wichtiges regionales Netzwerk über 700 Unternehmen in den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden. Neben Wirtschaftspolitik, Export und ihrer Netzwerktätigkeit engagiert sich die IHZ auch im Bildungsbereich. So trägt die IHZ als Organisatorin der Wirtschaftswochen an Zentralschweizer Schulen, als Miteigentümerin der Swiss School for International Business oder mit individualisierten Exportseminaren aktiv zum Wissenstransfer bei.

HSLU Hochschule Luzern

Das Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ der Hochschule Luzern – Wirtschaft ist das führende Fachhochschulinstitut im Finanzbereich in der Schweiz. Das IFZ bietet Forschungs- und Beratungsdienstleistungen an und verfügt über ein breites Weiterbildungsangebot für Fach- und Führungskräfte aus der Finanzbranche. Zu der Ausbildungspalette des IFZ gehören auch die Bachelor und Master of Science Studiengänge mit Fachrichtung Banking & Finance, Financial Management und Real Estate.



Die Unternehmerbank der Luzerner Kantonalbank AG bietet Unternehmen ein integriertes Leistungsangebot, wie es in der Schweiz einzigartig ist. Das Angebot wird im Austausch mit erfolgreichen und umsetzungsstarken Unternehmen seit dem Start 2006 kontinuierlich weiterentwickelt. Die Kundenberater sind spezifisch ausgebildet und haben langjährige Erfahrung im Dialog mit Unternehmerinnen und Unternehmern. Dank des integralen Ansatzes sind sie in der Lage, den Entscheidungsträger der Unternehmen in allen zentralen unternehmerischen Herausforderungen als Sparringpartnerin zu begegnen.

Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ

Kapellplatz 2
CH – 6002 Luzern

Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ

Campus Zug-Rotkreuz
Suurstoffi 1
CH – 6343 Rotkreuz

Luzerner Kantonalbank AG

Pilatusstrasse 12
CH – 6003 Luzern

Gold Partner

Silber Partner

Netzwerk Partner

